

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T
Z
U
K
U
N
F
T

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 8, -- Euro / US-\$ 12, --
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Erscheint als Printausgabe und seit dem Jahr 1997
auch im Internet. Die Ausgaben 1 – 77 sind als Voll-
text (PDF) im Internet kostenlos erhältlich.

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 77 · März 2026 · 46. Jahrgang

Ich freue mich, in dieser Ausgabe mein neues Buch präsentieren zu können. In diesem Werk analysiere ich die Situation der Menschheit ohne Beschönigung und entwerfe ein neues Narrativ des Fortschritts. Wohlstand, der Umgang mit KI, die Stärkung liberaler Demokratien, eine humane Migrationspolitik, effektiver Klima- und Biodiversitätsschutz, militärische Sicherheit ohne Rüstungseskalation, zukunftsorientierte Bildung und angemessene Belohnungssysteme sind miteinander verbundene Aspekte, wie ich in meinen Thesen darlege. Ich mache dabei deutlich, wie es gelingen kann, dass Dinge, die unmöglich scheinen, möglich werden – und warum jede und jeder von uns jetzt gefordert ist. Die Seiten 19 und 20 enthalten ausführliche Informationen.



Diese Ausgabe von BLICKPUNKT ZUKUNFT bietet Ihnen sieben wichtige und hochaktuelle Beiträge von namhaften Autorinnen, Autoren und NGOs mit einer großen thematischen Bandbreite. Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Werner Mittelstaedt, 05.02.2026 (Redaktionsschluss)

Inhalt

Neuorientierung der Klimapolitik – die Land- und Waldwirtschaft ins Zentrum rücken

von Karl-Martin Hentschel

Sicherheit oder Scheinsicherheit Kritische Anmerkungen zur militärischen Hochrüstung Europas

von Hans Holzinger

Impressum

Demokratie befreien und resilient etablieren

von Philipp Sonntag

Rezension

Arne Molfenter: „Léo Szilárd – Der Mann hinter der Bombe“

von Philipp Sonntag

„Endlich mit Nachdruck tierfreie Methoden fördern“

PETA Deutschland e. V.

Hamburger Manifest der VDW

Wie es zur Uraufführung des Theaterstückes »TIPPING POINT – a dramatized comment on Climate Change« in Melbourne vom 19. – 22.11.2025 kam

Zwischen Bühne, Politik und Verantwortung –
ein Bericht von Wolf Heidecker

BÜCHER:

Werner Mittelstaedt

Transformation und Ambivalenz

Steht die Welt vor dem Kollaps?

Werner Mittelstaedt

Wie das Unmögliche möglich wird

Skizzen für ein neues Fortschrittsnarrativ

Neuorientierung der Klimapolitik – die Land- und Waldwirtschaft ins Zentrum rücken

von Karl-Martin Hentschel

Dänemark hat beschlossen, 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu bewalden.¹ Diese Nachricht wirft den Scheinwerfer auf die große Lücke der bisherigen Klimapolitik, die wir nicht mehr ignorieren dürfen!

Wo stehen wir

Wir sind an einem Wendepunkt der Klimapolitik angelangt. Bisher lag der Fokus in Deutschland und weltweit an erster Stelle bei der **Energiewende** – vor allem beim Kohleausstieg. Das ist zwar kurzfristig immer noch der wichtigste Punkt, betrifft aber entscheidend nur noch 5 Länder (China, Indien, Indonesien, USA und Polen)². Insgesamt kann man sagen:

Die **Energiewende** im Stromsektor läuft – zum Glück: 2024 erfolgten weltweit fast 90 Prozent aller Kraftwerk-Investitionen in Erneuerbare – weil sie mittlerweile schlicht billiger sind. In Deutschland haben wir zumindest das Kapitel Kohle, die 2018 noch 85 Prozent der Emissionen im Stromsektor verursachte, 2030 fast abgeschlossen.³ Trotzdem besteht aktuell immer noch die Gefahr, dass die Ablösung von Erdgas durch Wasserstoff bis 2035 nicht gelingt, weil die neue Bundesregierung und insbesondere Ministerin Reiche zurücksteuern. Entwarnung kann also auch hier noch nicht gegeben werden.

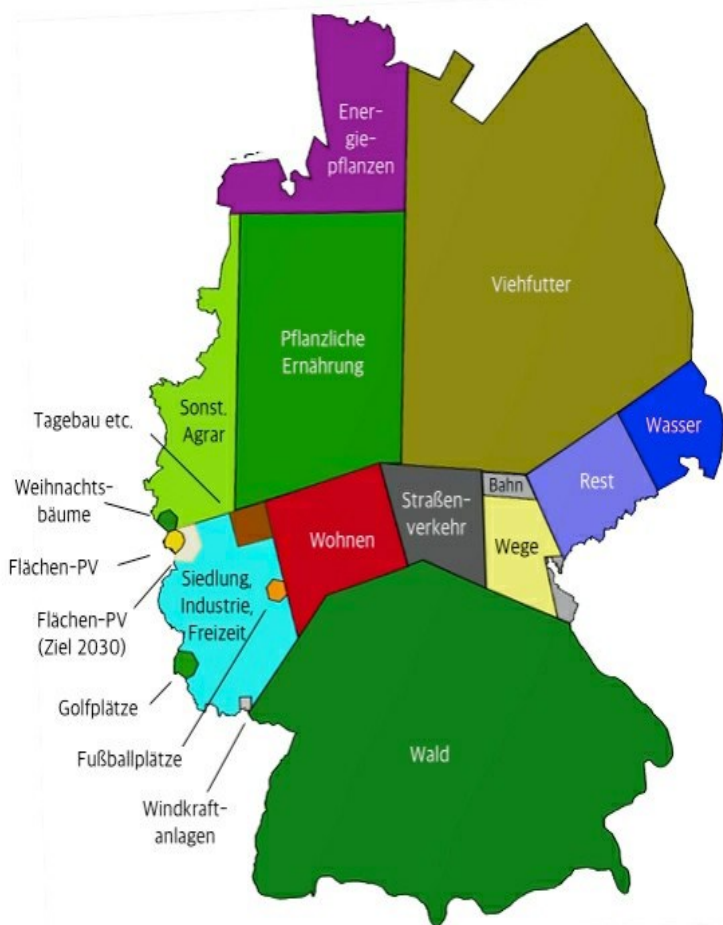
Für die **Industriewende** sind durch die EU mit dem CO₂-Preis wichtige Weichen gestellt worden, die jetzt wieder teilweise in Frage gestellt werden. Entscheidend sind drei Sektoren (Zement, Stahl und Grundstoffchemie), die über 90 Prozent der Emissionen verursachen. Aber jedenfalls investiert in diesen Sektoren niemand mehr in CO₂-emittierende Techniken, da sie bei Abschreibungszeiten von 50 Jahren nicht mehr abzuschreiben wären. Und der Umbau beginnt gerade – wenn auch holprig.⁴

Die **Verkehrswende** bleibt ein großes Problem. Zentrales Thema ist die Elektrifizierung der PKWs und LKWs, die 80 Prozent der Verkehrsemissionen ausmachen.⁵ Hierfür hat Brüssel die Weichen gestellt – aber nur, wenn das Verbrenner-Aus-Datum 2035 hält?!? Die Verschiebung der CO₂-Bepreisung auf

2028 ist auch kein gutes Signal. Die notwendige Verkehrsverlagerung muss sowieso erst noch gestartet werden.

Bei der **Hauswärme** sind die notwendigen Gesetze von der alten Regierung verabschiedet – auch das zunächst so umstrittene GEG samt WPG⁶. Nun sind alle Kommunen verpflichtet zur Klimawende und sind mehr oder weniger fleißig dabei, ihre Wärmepläne zu machen.⁷

Flächennutzung Deutschland



Version 1.1, erstellt von Christian Victor @cvictordus, teilweise Näherungswerte

¹Siehe: https://wildbeimwild.com/daenemark-will-1-milliarde-baeume-pflanzen-und-10-der-landwirtschaftlichen-nutzflaeche-in-wald-umwandeln/?utm_source=brevu&utm_campaign=Newsletter%20November%202024_copy_copy&utm_medium=email

² Relevanten Neubau von Kohlekraftwerken gibt es noch in China, Indien und Indonesien. Ein hoher Anteil im Bestand gibt es noch in USA und Polen – siehe: <https://www.globalenergymonitor.org/de/projects/global-coal-plant-tracker/tracker/rele>

³ Nachdem auch NRW für 2030 das Kohle-Aus beschlossen hat, bleibt nur noch der Nachzügler Brandenburg.

⁴ Das Rückrudern von Mittel in Bremen und die Ankündigungen von Entlassungen bei Thyssen-Krupp zeigen,

dass hier noch nachgebessert werden muss. Der Grenzausgleich CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) ist für 2026 von der EU beschlossen worden, regelt aber noch nicht den Verkauf von Stahl ins Nicht-EU-Ausland.

⁵ Verkehr verursacht 2023 22% der Treibhausgasemissionen (gemessen in CO₂-Äquivalenten), davon 3% Flugverkehr, 1% Schiff, 18% Straßenverkehr, Bahn ist vernachlässigbar, weil schon weitgehend elektrifiziert.

⁶ Es handelt sich um ein verbundenes Gesetzespaket: GEG – Gebäudeenergiegesetz, WPG – Wärmeplanungsgesetz

⁷ Bis 2026 müssen die Städte über 100.000 Einwohner, bis 2028 alle anderen ihre Pläne vorlegen.

Auch hier bleibt aber die Gefahr eines Teilrollback durch die neue Bundesregierung, die angekündigt hat, das GEG nochmal zu ändern.⁸

Das sind alles noch gigantische Herausforderungen – aber trotzdem sind in der EU die wichtigsten Weichen gestellt und das Verfassungsgerichtsurteil verhindert in Deutschland weitgehend das Zurückrudern. Insbesondere unterliegen bald alle Sektoren den CO₂-Preisen. Aber es bleibt eine klaffende Lücke, über die zur Zeit kaum geredet wird:

Landwirtschaft und Bodennutzung⁹

Heute verursachen in Deutschland Landwirtschaft und Bodennutzung schon 16 Prozent der Emissionen. Fast die Hälfte entsteht auf trockengelegten Mooren und Bruchwäldern. Davon kann man die Kompensationsleistung der Wälder abziehen.¹⁰ Die lag bisher bei 6 Prozent der Gesamtemissionen, ist aber zuletzt deutlich eingebrochen.¹¹ Je mehr nun die Emissionen der anderen Sektoren zurückgehen, desto größer wird der Anteil von Landwirtschaft und Bodennutzung. Denn dafür gibt es noch keine CO₂-Preise.¹² Und die von der EU geplanten Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft wurden durch die Agrarministerkonferenz erstmal ausgesetzt.

Wenn es so weiter geht, werden daher im Jahre 2045 zwei Drittel – möglicherweise sogar 80 Prozent der Restemissionen aus der Landwirtschaft und der Bodennutzung stammen! Der Rest kommt aus anderen nichtvermeidbaren Emissionen – vor allem der Zementindustrie und dem Flugverkehr. Die müssen dann zusätzlich kompensiert werden.

Damit rücken Landwirtschaft und Bodennutzung ins Zentrum der Klimapolitik! Die Ausgangslage ist folgende: Auf 50 Prozent der Fläche Deutschlands wird Landwirtschaft betrieben und auf 30 Prozent stehen Wälder. Die Agrarflächen werden zu 56 Prozent für die Tierernährung genutzt (davon die Hälfte Dauergrünland), nur 27 Prozent für Nahrungspflanzen, 12 Prozent für Energiepflanzen und 2 Prozent für Industrierohstoffe.¹³

⁸ Allerdings muss die Bundesregierung dann sofort mit Klagen der Verbände rechnen. Vielleicht lässt sie deshalb die Finger davon oder ändert nur symbolische Punkte.

⁹ Ich benutze aus Gründen der Verständlichkeit „Bodennutzung“ synonym für den LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry)

¹⁰ Emissionen der Landwirtschaft 2023: ca. 60T toCO₂äq; der Bodennutzung: ca. 48T toCO₂äq; Kompensation durch Wald: ca. 44T toCO₂äq. Der Anteil wächst, je mehr die anderen Sektoren reduzieren. Siehe zur Bodennutzung: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland/emissionen-der-landnutzung-aenderung#veranderung-des-waldbestands->; siehe Treibhausgasentwicklung insgesamt: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen>

Was ist also zu tun?

Wie können die Emissionen von Landwirtschaft und Bodennutzung vermieden oder ausgeglichen werden? Dazu vier Punkte:

- Erstens müssen die **Emissionen** der Landwirtschaft ernsthaft reduziert werden. Strategisch entscheidend ist dafür neben der Reduzierung der Nitratdünger und der Gülleausbringung vor allem die Reduzierung des Fleisch- und Milchkonsums. Dies erfordert aber eine wesentliche Änderung im Ernährungsverhalten, würde aber erfreulicherweise einhergehen mit einer erheblichen Reduzierung der benötigten Flächen.
- Zweitens kann der Anbau von **Energiepflanzen** (vor allem Raps für Treibstoffe und Mais für hoch subventionierten Biogasanlagen¹⁴) komplett eingestellt werden. Er hat sich leider als ineffizienter Irrweg der Energiewende erwiesen. Die bestehenden Biogasanlagen können aber künftig trotzdem eine wichtige Rolle spielen, wenn sie mit Gülle und anderen Reststoffen im Rahmen der Klimaschutzkonzepte der Gemeinden weiterbetrieben werden. Sie sollten künftig als Spitzenkraftwerke nur dann laufen, wenn Sonne und Wind wenig produzieren und die Strompreise hoch sind. Sie würden dann nur 1000 statt 4000 Stunden im Jahr laufen, dafür aber mit einer viel höheren Leistung. Dazu benötigen sie auch größere Gasspeicher.
- Drittens müssen die Emissionen der Bodennutzung drastisch reduziert werden. Sie stammen überwiegend aus ehemaligen trockengelegten **Mooren und Feuchtgebieten**. Diese müssen weitgehend wieder vernässt werden – was aber auf große Schwierigkeiten stößt. Hier können auch sogenannte Paludi-Kulturen (Nasskulturen) künftig eine wichtige Rolle spielen.
- Viertens aber – und das ist strategisch der wichtigste Punkt – sollten neue **Wälder** aufgeforstet

¹¹ Zuletzt war der Wald durch die Verluste sogar zur CO₂-Quelle geworden. Siehe <https://www.geo.de/natur/oekologie/der-deutsche-wald-gibt-jetzt-mehr-kohlenstoff-ab--als-er-aufnehmen-kann-35126934.html>

¹² Dänemark hat als erstes Land weltweit beschlossen, dass die CO₂-Preise auch für die Landwirtschaft gelten.

¹³ UBA - siehe

<https://www.umweltbundesamt.de/umweltatlas/umwelt-landwirtschaft/einfuehrung/landwirtschaft-in-deutschland/wie-wird-die-landwirtschaftliche-flaeche-in>. Die Grafik von Christian Viktor weicht leicht davon ab.

¹⁴ Die Förderung von Biogasanlagen war leider ein Fehler. Der Preis von 20 Cent pro kWh liegt heute beim Vierfachen von Photovoltaik. Nur die extrem hohen Subventionen halten sie noch am Laufen.

werden. Auch Agroforst und Bruchwälder in wiedervernässten Flussniederungen können einen wichtigen Beitrag leisten.¹⁵

Und wieviel würde das bewirken? Wälder können in den ersten 100 Jahren, bis sie ausgewachsen sind, CO₂ im großem Ausmaß aus der Atmosphäre holen. Mit einer Neubewaldung von 10 Prozent der Agrarfläche (nicht jedoch auf Grünland!¹⁶) könnte zum Beispiel die Speicherleistung der Wälder in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten um etwa 25 Prozent gesteigert werden, so dass mehr als die berechneten Restemissionen CO₂ von den Wäldern aufgenommen werden.¹⁷

Nach 100 Jahren sinkt natürlich die Aufnahme von Kohlenstoff wieder, da das Holzvolumen nicht mehr zunimmt. Durch eine Umstellung des Häuserbaus auf Holzträger anstelle von Stahl und Beton würden unsere Gebäude zu zusätzlichen Kohlenstoffspeichern für Jahrzehnte, wenn nicht für Jahrhunderte.¹⁸ Auf diese Weise vermeiden wir CO₂-Emissionen durch Zementeinsatz beim Bau und wir gewinnen Zeit, um die Restemissionen auf null zu bringen. Darüber hinaus können wir dadurch sogar CO₂ aus der Atmosphäre zurückholen.

Natürlich sind die Wiedervernässung der Moorböden und die Aufforstung neuer Wälder eine enorme Herausforderung – aber es ist machbar. Eine Alternative zur Neuwaldbildung bzw. eine Ergänzung ist natürlich CCS¹⁹ – das Verpressen von CO₂ in geeigneten Tiefengesteinen, damit es mineralisiert oder BECCS²⁰ – das Verbringen von Kohlenstoff aus Biorohstoffen in die Erde. Dazu gehört auch die Produktion und Einsatz von Pflanzenkohle.²¹ CCS mag sinnvoll und bezahlbar sein, wenn das bei der Zementherstellung chemisch freiwerdende CO₂ direkt im Produktionsprozess abgeschieden wird, aber für die Kompensation der Emissionen der Landwirtschaft wäre es extrem teuer. Denn dann müsste das CO₂ erst durch DAC²² aus der Luft wieder zurückgewonnen werden. Dagegen soll BECCS nach den Plänen des Weltklimarats künftig eine wichtige Rolle spielen. Aber auch das ist sehr teuer und benötigt ebenfalls

¹⁵ Ein erster Anreiz für Aufforstung wurde mit dem Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz des BMUV geschaffen.

¹⁶ Ich betrachte daher nur die Ackerflächen, da Grünland schon heute eine CO₂-Senke ist.

¹⁷ 10% der Agrarfläche entsprechen einer Steigerung der Waldfläche um 17%. Der heutige Wald hat ca. 2200 Mio. to C gespeichert, das entspricht ca. 8000 Mio. to CO₂. 17% entsprechen ca. 1400 Mio. to CO₂. Die geschätzten nicht vermeidbaren Restemissionen im Jahre 2045 aus der Landwirtschaft betragen 30 Mio. to CO₂. Siehe <https://www.umweltbundesamt.de/bild/flaechennutzung-in-deutschland> und <https://www.wald.de/waldwissen/wie-viel-kohlendioxid-co2-speichert-der-wald-bzw-ein-baum/>

¹⁸ Siehe <https://www.pik-potsdam.de/en/news/latest-news/buildings-can-become-a-global-co2-sink-if-made-out-of-wood-instead-of-cement-and-steel>. Es gibt auch neue Forschungsergebnisse mit Carbonfasern.

¹⁹ CCS – Carbon Capture and Storage – Verpressen von CO₂ in großen Tiefen, in denen es mineralisiert, oder in alten Gaskavernen.

Agrarflächen und die Entwicklung geeigneter Verfahren.

Die naheliegende Option – sozusagen das „Gebot der Stunde“ ist daher jetzt die **Neuwaldbildung** und die **Moorbildung**. Heute kostet der Aufkauf der Agrarflächen und die Aufforstung nur ein Viertel der Kosten für CCS.²³ Die Flächen wären vorhanden.²⁴ Denn durch die Reduzierung der Viehzucht und die komplette Einstellung des Anbaus von Energiepflanzen werden über 20 Prozent der Agrarflächen verfügbar – selbst wenn wir komplett auf ökologische Landwirtschaft umstellen und dafür deutlich mehr Flächen für die Nahrungspflanzenproduktion benötigen. Wir könnten daher Förderprogramme starten, durch die in den kommenden zwanzig Jahren 10 bis 20 Prozent der Agrarfläche schrittweise aufgekauft wird. Oder die Bauern werden durch eine entsprechende Förderung selbst zum Aufforsten gewonnen und damit selbst zu Forstwirten.²⁵

Die Kosten bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich. Auf 20 Jahre verteilt sind sie gering im Vergleich zu den Kosten der Hauswärmeumstellung. Am besten sollten sie im Rahmen der EU-Agrarprogramme aufgebracht werden. Aber auch nationale oder Länderlösungen sind denkbar. Alle Verantwortlichen sind aufgefordert, dieses riesigen Vorhaben in Angriff zu nehmen. Denn ohne die Kompensation der Restemissionen aus Landwirtschaft und Bodennutzung ist die Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 nicht erreichbar.

Über den Autor:

Karl-Martin Hentschel, Dipl. Mathematiker und Autor, ist 1950 in Niedersachsen geboren. Nach dem Studium arbeitete er als Systemprogrammierer, Datenbankmanager und Abteilungsleiter für neue Technologien in einem internationalen Konzern in Hamburg. Von 2000-2009 war er Fraktionsvorsitzender der Grünen in Schleswig-Holstein. Er vertritt Attac e. V. im Vorstand des Netzwerks Steuergerechtigkeit.

²⁰ BECCS – BioEnergieCCS – Speicherung von Kohlenstoff aus weiterverarbeiteten Biorohstoffen in der Erde

²¹ Siehe: <https://biochar-zero.com/de/stadtgruen/pflanzenkohle-fuer-stadtbaeume/>

²² DAC – Direct Air Capture – direkte Rückgewinnung von Kohlendioxid aus der Luft

²³ Siehe https://handbuch-klimaschutz.de/assets/pdf/Handbuch-Klimaschutz_NRW.pdf

²⁴ Natürlich importiert Deutschland erhebliche Mengen an Nahrungs- und Futtermittel. Bei den Rechnungen gehen wir davon aus, dass Deutschland auch künftig nicht autark sein wird, was für ein dicht besiedeltes Exportland auch Sinn macht und gegenüber Ländern, die nach Deutschland exportieren, auch fair ist, wenn die Bedingungen stimmen.

²⁵ Das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz des BMUV ist immerhin ein erster Schritt.

Sicherheit oder Scheinsicherheit

Kritische Anmerkungen zur militärischen Hochrüstung Europas

von Hans Holzinger

EU-Kommissionspräsidentin Ursula van der Leyen hat in Reaktion auf Donald Trumps neue Geopolitik verkündet, dass die EU 800 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben wird. Das Motto: Wir werden uns nun selbst verteidigen. In einem vom Deutschlandfunk zitierten Weißbuch der EU-Kommission wird festgehalten, dass die Kapazitäten für die „extremsten Szenarien“ gestärkt werden sollen, also einen Angriff Russlands auf Europa. Das Geld soll nicht von der EU kommen, sondern von den Mitgliedsstaaten selbst, jedoch mit günstigeren Kreditbedingungen sowie der Lockerung der Schuldenregeln.

Macht mehr Rüstung Europa tatsächlich sicherer? Dazu gibt es zwei Positionen. Die einen warnen vor Putin, dass er auch Europa angreifen könnte – ein vehementer Vertreter dieser Ansicht ist der Nato-General Mark Rutte. Russland stellt auch nach Ansicht der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas eine existenzielle Bedrohung für die Sicherheit der Europäischen Union dar. Es werden Parallelen zur anfänglichen Appeasementpolitik Frankreichs und Englands gegen Hitler gezogen.

Andere bezweifeln, ob uns mehr Aufrüstung sicherer macht, ob diese nur eine Scheinsicherheit suggeriert. „Man kommt um den Frieden nicht herum, wenn man sich mit dem Krieg auseinandersetzt,“ so die Friedensforscher Hendrik Simon und Lothar Brock vom Peace Research Institut Frankfurt. Das sei vor allem mit Blick auf die wenig produktive Polarisierung zwischen sogenannten „Kriegstreibern“ und „Friedensträumern“ in der bundesrepublikanischen Diskurslandschaft notwendig. Die Polarisierung enge den Diskurs auf Sicherheit und Kriegstüchtigkeit ein. Doch „Sicherheit“ und „Frieden“ schließen einander nicht aus, so die beiden: „Wir plädieren entsprechend für ein „Mehr“ in den öffentlichen Debatten über den Ukraine-Krieg, das den Friedensbegriff wieder ins Zentrum der Debatten um eine zukünftige europäische Ordnung stellt. Kurzum: Politik und Wissenschaft müssen gerade in den Debatten über den Krieg auch mehr über den Frieden nachdenken.“ Gesprochen wird von einer „Tragik der Sicherheitspolitik“, man kann es auch Dilemma nennen: „Soweit es mit Aufrüstung verbunden ist, schafft das Streben nach Sicherheit immer neue Unsicherheiten.“

Hendrik und Brock plädieren für einen Realismus, der sich an der Schaffung von Frieden orientiert, das erfordere Kompromisse, die nicht immer einfach seien. Mit Verweis auf die deutsche Teilung nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs urgieren sie Kompromisse auch im Krieg gegen die Ukraine. Es müsse heute wie in der Zukunft um zweierlei gehen: „um die Beendigung einzelner Kriege wie jenem in der Ukraine, im Nahen Osten, im Sudan, und um die Stärkung der Institutionen und Verfahrensweisen, die einer verständigungsorientierten Bearbeitung von Konflikten dienen.“

Reale Bedrohungsanalyse statt weitere Hochrüstung

Die Friedens- und Konfliktforscherin Corinna Hauswedell kritisiert gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk, dass beim EU-Sondergipfel in Brüssel über 800 Milliarden Euro gesprochen wurde, ohne dass es eine Analyse der Bedrohungslage gebe. Das hält Hauswedell aus friedenswissenschaftlicher Sicht für „ausgesprochen unseriös und auch risikoreich“. Zu einer Bedrohungsanalyse gehöre der Vergleich vorhandener Rüstungspotenziale: „Die sehe ich im Augenblick in der offiziellen Politik nicht.“ Eine Untersuchung der Friedensforscher Herbert Wulf und Christopher Steinmetz, die kürzlich im Auftrag von Greenpeace erstellt wurde, zeigt: Die NATO ist Russland finanziell überlegen – auch ohne die USA.

Die Rüstungsausgaben Russlands liegen laut Hauswedell zwischen 300 bis 350 Milliarden US-Dollar. Bei den NATO-Staaten ohne die USA seien es hingegen etwa 430 Milliarden US-Dollar. Die Greenpeace-Studie komme deshalb zum Schluss, dass Aufrüstung Geldverschwendung sei: „800 Milliarden Euro sind kein strategisches Sicherheitskonzept.“ Ein solches bedeute vor allem diplomatische Anstrengungen, so Hauswedell gegenüber dem WDR: „Das erwarte ich von der EU.“ Man müsse darüber sprechen, was das konkrete Ziel der großen Summen sei.

Weil die EU ein zu geringes Gewicht habe und weil es nicht mehr darum gehe, den Krieg fortzuführen, sondern einen halbwegs gerechten Frieden zu erreichen, sollten die EU-Staatsoberhäupter den Kontakt mit all den Staaten (v. a. aus dem Globalen Süden) suchen, die Friedensvorschläge auf den Tisch gelegt haben – so ein Vorschlag des österreichischen Friedensforschers Werner Wintersteiner, der der EU Phantasielosigkeit und Panik vorwirft.

Sich einstellen auf eine multipolare Welt

Um nicht falsch verstanden zu werden. Putins Krieg gegen die Ukraine, der nun drei Jahre dauert, ist völkerrechtswidrig. Er hat viel Zerstörung und Leid gebracht – wie jeder Krieg. Umso dringender ist es, spät aber doch, einen Frieden zu finden, der mit Kompromissen einhergehen wird müssen. Verantwortungsethik schlägt Gesinnungsethik. Es wird auch, um dauerhaften Frieden zu erreichen, eine Sicherheitsarchitektur für ganz Europa brauchen, die auch Russland einschließt. Das sind die Lehren von der gemeinsamen Sicherheit, mit denen der Kalte Krieg beendet werden konnte. Wir können hier auf historische Erfahrungen nach dem Prinzip der gegenseitigen Sicherheit über Verträge zurückgreifen. Es wird daher auch einen neuen Modus Vivendi mit Putin geben müssen, solange er an der Macht ist.

Wir leben in einer hochmilitarisierten Welt. Über 2 Billionen Dollar werden mittlerweile im Jahr für Mili-

tär und Rüstung ausgegeben, so das Friedensforschungsinstitut SIPRI. Und wir steuern auf neue geopolitische Zuspitzungen zu. Der Big Clash wäre eine militärische Konfrontation mit China, wie etwa der Philosoph Richard David Precht warnt. Er fordert ein „Jahrhundert der Toleranz“. In der Diktion der Friedensforschung geht es um eine multipolare Weltordnung, in der miteinander Handel betrieben wird und in der Konflikte durch Diplomatie und Verträge gelöst werden.

Auch Hochrüstung stimuliert die Wirtschaft, wie Medien Schlagzeilen verkünden: „Europas Rüstungsindustrie im Höhenflug“ oder „EU-Aufrüstung: Wie Österreich profitiert.“ Reich werden damit aber nur wenige. Die Militarisierung verstellt nicht nur den Blick auf kooperative Lösungen, sondern ist auch eine wesentliche Umweltbelastung, worauf die Scientists for Future hinweisen: Wenn die Militärs der Welt ein Land wären, hätten sie den viertgrößten CO₂-Fußabdruck, größer als der Russlands. Eine Studie ergibt, dass wahrscheinlich 5,5 % der globalen CO₂-Emissionen den Militärs der Welt zuzurechnen sind. In den Daten der UN-Klimaberichte werden diese Emissionen nicht berücksichtigt, weil einige Staaten aus sicherheitspolitischen Gründen keine Angaben machen. Es handelt sich um einen „blinden Fleck in

der Klimabilanz“. Der russische Angriff auf die Ukraine hat in den vergangenen drei Jahren 230 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen verursacht, so eine aktuelle Studie der Initiative on GHG Accounting of War. Das ist etwa so viel, wie Österreich, Ungarn, Tschechien und die Slowakei zusammen im Jahr emittieren.

Und: Die Mittel, die für eine weitere militärische Hochrüstung ausgegeben werden, fehlen uns für die Bearbeitung jener Herausforderungen, die unsere Sicherheit und die folgender Generationen massiv bedrohen werden: die Zuspitzung der Klimakrise und die Degradierung der Ökosysteme, damit zusammenhängend die Zunahme von Hungersnöten, erzwungene Migration und rapide steigende volkswirtschaftliche Kosten für die Behebung der Schäden.

Über den Autor:

Mag. Hans Holzinger ist Nachhaltigkeitsexperte, Sachbuchautor und Mitglied von Scientists for Future sowie des Beirats des Friedensbüros Salzburg.

Mehr Infos: www.hans-holzinger.org

Impressum

BLICKPUNKT ZUKUNFT©
ISSN: 0720-6194

Gegründet: 1980 von Werner Mittelstaedt

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Blickpunkt_Zukunft

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.)
Mechthild Mittelstaedt (Beratung und
Schlussredaktion)

Herstellung und Gestaltung: Werner Mittelstaedt

Im Internet sind die gesamten Ausgaben als PDF über die Website www.blickpunkt-zukunft.com sowie über die Deutsche Nationalbibliothek (DNB)

und über die Westfalica electronica der Universitäts- und Landesbibliothek Münster erhältlich.

Druck: MOS Print UG, Wilhelmshavener
Heerstr. 63, 26125 Oldenburg

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: Überwiegend zwei
Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

Demokratie befreien und resilient etablieren

von Philipp Sonntag

Bundesverfassungslos ziehen wir Gewaltbereite groß. Und Demokratiebereite? Wehe, wenn wir den gewohnten Lebensstandard nicht mehr als Gewohnheitsrecht garantieren können. Da werden Wähler locker wählerisch. Forderungen wie Umweltschutz werden zum lästigen Feind.

Die Demokratie selbst muss resilient sein, um sich schützen zu können. Dafür braucht sie laufend ein Update. Dieses muss in mehrfacher Hinsicht immer modern sein, sei es nun juristisch, in der Gesinnung, technisch bei IT und Medien, auch global effektiv vernetzt und lokal sichtbar aktiv.

Warum heute die Demokratie besonders gefährdet ist

Wer etwas gegen die Gefährdung unserer Demokratie tun will, der muss hellwach und alarmbereit sein. Er kann und soll sich real daran orientieren, wie die Nazis 1933 die Macht übernommen und gesetzwidrig ausgebaut haben. Vor allem aber auch, wie diese Art von „Überlebenden“ frech von Alt-Nazis zu Neo-Nazis mutierten, ohne sich noch Nazis zu nennen. Wie sie „von der Gesellschaft“ nach 1945 weiter in wichtigen Schaltstellen verankert wurden. Das hätte eigentlich durch Demokraten nach 1945 verhindert werden können und müssen.

Nazis in Schaltstellen waren bis 1945 tätig, zum Beispiel als Richter, Staatsanwälte oder Ökonomen, sehr oft mit sehr schlimmen Folgen. Aber trotzdem, unter Adenauer schafften vor allem nach 1955 sehr viele den Sprung zurück in die Ämter und Ministerien, von Judikative und Exekutive bis hin zu Legislative, siehe zum Beispiel:

<https://www.dw.com/de/alt-nazis-in-adenauers-kanzleramt/a-36535754>

Was für eine Demokratie sollte das denn werden? Am 8. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg in Europa offiziell beendet worden. Der Tag gilt als Tag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus. Mutierten also die Macht gewohnten Alt-Nazis über die Nacht zum 9. Mai zu Neu-Demokraten? Deren Credo war nach wie vor: Gewohnheitsrecht bricht – in naiver Demokratie, ähnlich wie in Diktaturen – jedes sonstige Recht. Als hohe Beamte blieben sie, inklusive Militärs, gesichert und hoch bezahlt. Ganz anders erging es den ganz anderen Überlebenden, die bis 1945 von den Nazis verfolgt und gequält worden waren: sie waren schwer geschädigt, nicht nur im Beruf, durch fehlende körperliche und mentale Gesundheit, durch fehlende Ausbildung, fehlenden Rückhalt aus eigener Familie (kaum Überlebende), durch weitgehend fehlende Wiedergutmachung – oft verursacht durch „frühere“ Nazi-Beamte in Behörden.

Chaotische Diktaturen als Herausforderung moderner Demokratie

Was bei Diktaturen auffällt, ist die Einfalt der Argumente (utmost fake). Was herauskommt ist vielfältige Zerstörung (fuckmost make). Mit bürokratischer Perfektion werden seit 1945 Gedenkstätten errichtet, welche zwar

Wahrheiten hinausposaunen, aber die reale Politik in den entscheidenden Realitäten nicht oder kaum verändern. Frappante Beispiele sind die AfD, auch Auswüchse wie ein heftig umstrittener Aiwanger, bis hin zu verschleierte Rassismus bei sich demokratisch gebenden Parteien, etwa bei Themen wie Migration. Das alles ist diametral entgegen den Bekenntnissen ab 1945: Die Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte regelte 1945 im „Potsdamer Abkommen“ eine Entnazifizierung, die jedoch nie stattfand. Bis heute beklagen Opfer des Holocaust, dass die Wiedergutmachung nur andeutungsweise geschah – und jegliche wohlwollende Wiedereingliederung nur vereinzelt gelang.

Gedenken ohne praktische Konsequenzen bleibt fake

Einen bemerkenswert neuen Akzent setzt Susanne Siegert, geboren 1992, auf Instagram und TikTok mit ihrer Aufklärungsarbeit zum Holocaust. Dies wird beachtet, sie hat 300.000 Follower. Ihr neues Buch „Gedenken neu denken – Wie sich unser Erinnern an den Holocaust verändern muss“ (Piper Verlag, Nov. 2025) trägt dazu bei. Indem man zum Beispiel die Nachfahren der Tätergenerationen in dezentrale Aufklärungsarbeit einbezieht, wird Aufklärungsarbeit effektiv. Vor allem zeigt Susanne Siegert mit Videos von jungen Menschen und Migranten (!), welche Auswirkungen Vergangenheit auf Gegenwart haben kann.

Wieso tun wir uns so schwer? Diplomatisch könnte eine verständige Entwicklungspolitik vorbildliche Demokratie aufzeigen. Was man stattdessen zu sehen bekommt ist oft das Gegenteil, ganz im Stil von peinlicher Diktatur. Was man da zum Beispiel sehen konnte und was trotzdem kaum bemerkt wurde, das war eine deutsche Ministerin, die in Syrien für Aufnahme von Migranten warb, welche Deutschland abschieben will. Wobei jedoch sie, und ebenso die Politiker vor Ort, mit versteinernten Mienen wechselseitiges Unverständnis füreinander zeigten, ja es geradezu quasi demonstrierten. Kein menschlicher Kontakt wurde aufgebaut – so war mein spontaner Eindruck vom kurzen Video. Es bleibt nur zu hoffen, für unsere Demokratie, dass etliche Politiker ein besseres Gespür für eigene Peinlichkeit entwickeln.

Wir haben schier endloses Wissen darüber, wie eine Gesellschaft ihre und andere Kinder und Jugendliche behandeln sollte. Vor allem nachdem sie – oder ihre Eltern – Gewalt überstehen mussten. Woher kommen denn die akut bei uns gewalttätigen Migranten? Man hätte sie als Kinder und Jugendliche gut aufnehmen und gesellschaftlich integrieren können, was durchaus möglich war und ja auch öfters gelingen konnte – aber immer noch viel zu wenig. Wieso eigentlich? Da gibt es Ursachen.

Aufbau von Deutschland mit was für Demokraten?

Auf jeden Fall gab es in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg und bis heute innen- und außenpolitisch etliche deutlich faschistische Auswirkungen. Das geschah durchaus auch innerhalb von Parteien und Behörden, die sich ganz selbstverständlich als weitgehend demokratisch fühlten und fühlen. Die Realität wurde nie an-

gemessen aufgearbeitet – vielmehr oft vertuscht. Peinliche Schwächen der Demokratie begleiteten zeigt das als Aufklärung gedachte Buch: „DAS AMT und die Vergangenheit.“ Durchaus wurden dort mit Sorgfalt reihenweise Verbrechen bis 1945 von Mitarbeitern und Mitläufern des Außenministeriums (AA = Auswärtiges Amt) explizit dokumentiert. Bürokratisch mit Sorgfalt notiert wurden Personen, Positionen, Orte und Zeiten früherer Verbrechen.

Aber fast niemals wurde einer der zahlreichen genannten Täter vor Gericht gestellt und verurteilt. Das betrifft eine Unmenge von Verbrechen bis 1945. Diese wurden zweifelsfrei dokumentiert und sind öffentlich verfügbar. Kaum je wurde oder wird einer der zahlreichen Nazi-Verbrecher bestraft. Das war in der Justiz den Alt-Nazis unter ihren Juristen jederzeit voll und genüsslich bewusst: Denn sie konnten sich geradezu auf ein pauschales Versagen der Judikative nach 1945 verlassen.

Dazu brauchten sie keine faschistische Partei – solche gab es kaum. Zwar wurden rechts-populistische bis – radikale Parteien zugelassen. Aber faschistische Parteien wie NPD, DVU und REP blieben bis zum Jahr 2000 unter 13% und hatten wenig Einfluss. Erst 2013 mit der Gründung der AfD wurde es provokant gefährlich.

Ursprünglich war jeder Faschismus, wie von den Alliierten 1945 in Potsdamer Abkommen angeordnet, strikt verboten. Aber Eisenhower wollte gegen Stalin seine Soldaten für den Fall eines Krieges gar nicht erst gefährden, da kamen die „kriegstüchtigen“ Soldaten aus Deutschland gerade recht. Und Adenauer ging darauf ein, es passte zu seiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft. 1955 wurde die Bundeswehr gegründet und der NATO-Beitritt vollzogen.

Meinungsfreiheit zur Verschleierung von und Gewöhnung an Schandtaten

Die AfD kann sich als Partei bisher darauf verlassen, dass sie juristisch mehr „formal“ als formell betrachtet wird und somit politisch de facto in ihrer gesellschaftlichen Arbeit kaum eingeschränkt wird. Sie lotet die Grenzen aus, bis hin zu einer kräftigen Brise „nachweislich extremistisch“. Üblich ist in Deutschland, solche Absurdität wortreich verschleiern zu thematisieren und de facto zu ignorieren. Faschistoide und/oder bewusst bürokratisch zögerliche Juristen können faschistische Taten wissenschaftlich „umständlich seriös verschleiern“, sprich juristisch „Nebelkerzen werfen“.

Eine offizielle Feststellung, wie „ein Mensch oder eine Gruppe sei gesichert rechtsextrem“, bewirkt fast keine Konsequenzen.

Es war und ist daher nahezu sinnlos, das Thema wissenschaftlich aufzuarbeiten. Und politisch? Der Weg von „utmost fake“ Artikel zu „fuckmost make“ böser Realität ist nicht weit. Die Spannweite ist enorm. Man kann vornehm und ernsthaft ermahnen, wie die Bischöfin Budde in Washington, die Trump ein christliches „Erbarmen“ empfahl. Das hat womöglich die Evangelikalen gestört und entsprechend hat sich Trump öffentlich über Budde geäußert.

Unsichtbare Farce braucht sichtbare Satire

Als Child Survivor (als Kind ein Holocaust-Überlebender) meinte und meine ich, allenfalls eine Satire kann der Farce gerecht werden. Juden werden nicht geliebt und

Punkt. Nach den Erfahrungen in Gaza vielleicht nochmal für 2.500 Jahre. Ben Gurion hat für Israel vergeblich angemahnt: „Wir müssen stark und gerecht sein.“ Für verbiesterte Religionen, für Ansprüche aus alten Legenden, ist da kein Platz. Schlechte Gewohnheiten gibt es überall. Entsprechend kafkaesk ist nach wie vor ein Gewohnheitsrecht für:

- Kannibalen: Motto, die haben doch feine Rezepte, also bitte Spätkannibalismus zelebrieren.
- Pädophile, Motto freien Sex für freie Kinder, früh anfangen.
- Tierschutz, Motto übliche allzu angewöhnte Meinungsfreiheit, nicht etwa für Tiere, sondern für Arbeitsplätze, kommerziellen Gewinn und gewohnte Nahrung. Also dürfen bestehende Gesetze zugleich massenhaft und rücksichtslos verletzt werden. Betroffen sind – da bin ich ganz sicher – eine Unmenge feinfühlig, hochleidensfähige Tiere. Kein ordentlich demokratisches Huhn würde in seinem Stall ein Wolfsrudel zulassen.
- Und Meinungsfreiheit für die AfD, Motto „bundesverfassungslos“ ist längst Gewohnheitsrecht. Nicht nur bei Sprüchen, sondern immer wieder auch bei körperlicher Gewalt.

Gewohnheitsrecht kann fast jedes beliebige andere Recht brechen!

In jeder Gesellschaft gibt es eine Fülle von schlechten Gewohnheiten. Aber in unserer Art Rechtsstaat gedeiht und blüht die juristische Absicherung von schlechtem Verhalten, genauer von Unrecht. Nicht jeder Jurist würde das so sagen – aber leugnen kann man den breit präsenten Sachverhalt kaum.

Was hier spielerisch verrückt wirkt, ist im Grunde ernsthaft verrückt und kafkaesk real. Dass die Zahl von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in Parlamenten und Behörden schon ab den 1950er Jahren hoch war, ist seit Langem bekannt.

Mangels Phantasie wurden die Folgen von massiv schädlichen Gewohnheitsrechten bisher nur oberflächlich untersucht. Hierzu drei Beispiele, teils „hochpolitisch“, teils individuell empfunden.

- 1) Was fehlt sind Ermittlungen, wie sich diese Alt-nazis in Behörden für die deutsche Außenpolitik auswirkten – verheerend zum Beispiel bei den deutschen Beiträgen zum Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen. Alt-Nazis unterstützten hingebungsvoll Franz Josef Strauß, der sich immer eine Tür für Atomwaffen aufhalten wollte – während er mit scheinheiligen Rechten auf zivile Atomtechnik argumentierte. Dazu gehörte auch die atomtechnische und generell rüstungsvolle Unterstützung für Israel – somit für Strauß geschützt durch beste rechtsstaatliche Geheimhaltung.
- 2) Für mich als Child Survivor wurde in Bonn ein Antrag auf Wiedergutmachung gestellt – und tatsächlich wurde mir endlich 1964 etwas überwiesen – das war drei Monate nach meinem Diplom, von Beamten gewollt verzögert und als Unterstützung für mich viel zu spät. Äußerst mühsam hatte ich nach Verlust meiner Mutter, zunächst die Schule besucht. 1964 hatte ich mein

Doppel-Studium der Physik und der Politischen Wissenschaften durchgezogen, um irgendwie etwas gegen Krieg zu tun. In Semesterferien war ich teils wochenlang auf Baustellen. Als penetrant erinnere ich die unnötigen Verzögerungen durch die beamteten Bürokraten.

- 3) Es ist eine schlechte Gewohnheit, die AfD als gesichert rechtsextrem zu bezeichnen und sie aber dann nicht zu verbieten. Waren die Nazis etwa 1933 nicht gesichert rechtsextrem? Hätte damals ein Verbot durch eine besser überlebensfähige Demokratie uns womöglich vor dem II. Weltkrieg und schier unzähligen Schandtaten bewahren können?

Fehler und Schwächen einer Demokratie sind immer auch politisch gewollt, zum Beispiel durch die schlechten Gewohnheiten von unentschlossenen, verwirrt zögerlichen Demokraten. Es genügt nicht, wenn eine Gesellschaft ein paar „Vorzeige-Demokraten“ hat, wie Theodor Heuss.

Fake Gewohnheiten stärken Diktaturen und schwächen Demokratien

Eine Gesellschaft kann sich an fake gewöhnen, wie an eine launische Mode. Da müsste sich die Demokratie erst mal selbst von ihren – leider teils fest verankerten – schlechten Gewohnheiten befreien. Ähnlich gab und gibt es weltweit in sehr vielen Staaten problematische Verschleierungen von Schandtaten. Meistens ist offensichtlich, ob ein Staat vorsätzlich brutal vorgeht, oder es sich um begrenzte Fehler handelt. Trotz kafkaesken Fehlern bei ideologischer Penetranz und pragmatischer Willkür wird die BRD global von Forschern zumeist nicht als eine Diktatur bezeichnet. Das ist im Wesentlichen korrekt. Und die DDR? Fehler gab es auch dort. Aber Diktatur?

Nicht alle, aber die meisten Alt-Nazis hatten es in der DDR schwerer als in der BRD – viele gingen nach Westen. Die Willkür der Stasi ist bekannt und darf nicht geleugnet werden. Das Ausmaß der Leiden von Betroffenen ist breit bekannt und vielfältig, zumeist schwer vergleichbar.

Es geht um die Größenordnung von Willkür und Verbrechen. Anhaltspunkte gibt schon ein einfacher, zugleich drastischer Maßstab: Die Anzahl der Toten. Bereits da zeigt sich deutlich, der übliche Spruch, „es hätte zwei Diktaturen gegeben“, ist grob und vorsätzlich irreführend. Meine Empfehlung ist einfach und klar: Wir sollten aufhören, von „den beiden deutschen Diktaturen“ zu sprechen. Real ist es so:

1. Die Nazis verursachten bis 1945 etwa 60 Millionen Tote durch Krieg, und weitere sechs Millionen durch grausame und industrietechnische Ermordung im Genozid, darunter 1,5 Millionen jüdische Kinder. 1933–1945 gab es etwa fünf Millionen Tote jährlich.
2. Die DDR verursachte 1949-1990 unter 200 politische Morde, vor allem Mauertote, insgesamt etwa fünf Tote jährlich.
3. In der BRD gab es in derselben Zeit und weiter bis 2025 jährlich ebenfalls etwa fünf Tote jährlich. Es sind nach wie vor Morde von Rechtsextremisten, die der Staat hätte verhindern können und müssen. Kennzeichnend ist, dass und wie der „Verfassungsschutz“ die Morde bis 1990

nicht erfasst hatte und weiter, bei den NSU-Morden lange Zeit aktiv verschleiert hatte. Das gilt weiter bis hin zu den vielen der AfD irgendwie nahen Gewalttätigen, siehe zum Beispiel Untersuchungen der „Amadeu Antonio Stiftung“.

4. In der BRD nicht ermittelt werden nach wie vor die Schicksale jener Betroffenen, die jährlich als Migranten zu hoch gefährdeten „Abgeschobenen“ werden und die dann womöglich in ihrer Heimat oder sonstwo ermordet, gefoltert, zumindest mitsamt Familie psychisch ruiniert werden. Deutsche Parteien sind teils im faschistoiden Wettstreit um schärfere schlechte Gewohnheiten. Solche Gesinnung ist effektiv mörderisch – mag zwar sein treuherzig demokratisch und keineswegs beabsichtigt, aber doch unübersehbar und tragisch wirksam. Ich vermute, da geht es nicht um fünf Personen jährlich – sondern womöglich um eine weit über hundertfache Anzahl Tote; noch dazu gibt es schier unzählige verängstigte Familien. Vor Gericht bleiben Verursacher, wie zum Beispiel Innenminister Alexander Dobrindt geschützt, durch das übliche Gewohnheitsrecht. Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gibt es durchaus. Kein Recht auf Bleibe sollen jene bekommen, die als Asylsuchende in Deutschland Verbrechen begangen haben, nachdem versucht worden war, ihnen eine rundum-Reha zu geben, als auch sie zu integrieren. Zwar können Therapeuten sagen, viele wären in ihrer Heimat stark überfordert gewesen – jedoch entsprechend aufwendige Reha könnte kaum ein finanziell starker Staat leisten.
5. In Deutschland (DDR und BRD), sowie global, trugen und tragen Diktaturen und Demokratien laufend zur Erhöhung von Gefährdungen der Überlebensgrundlagen der Menschheit bei. Das geschieht durch Annäherung an existenzielle Kippunkte (per Definition unumkehrbar) bei Klimawandel, Atomkrieg usw.). Dabei gibt es Szenarien wie „der Golfstrom kippt“, mit Vereisung von Europa, oder entsprechend bei Meeresströmungen global; denen mehrere Milliarden (!) Menschen zum Opfer fallen können. Dieses Resultat kann ebenso durch eine ausufernde atomare Eskalation bewirkt werden – auch diese wäre „von uns“ vorbereitet, obwohl dabei eigentlich vorab erkennbar und vermeidbar.

Solch eine Katastrophe kann man nicht prognostizieren, sie ist nicht unbedingt zu erwarten – aber man kann sie keineswegs ausschließen. Welche „Schlechte Gewohnheiten“ könnten uns Überlebende vorwerfen? Sie könnten uns in Deutschland fragen: Wieso habt ihr 2025 mehr als ein Zimmer geheizt? Wieso habt ihr den gigantischen Umweg mit Förderung von E-Autos gewählt, anstatt eure Gesellschaft so einzurichten, dass dieses ausufernde HIN und HER schrittweise eingeschränkt wurde? Wieso habt ihr die Unmengen von Plastik in den Ozeanen und andere Grausamkeiten zugelassen?

Schlechte Gewohnheiten kann man schon im Ansatz vermeiden. Willy Brandt war ab 1934 in Norwegen demokratisch vorbildlich behandelt worden, so konnte er überleben und später die Welt demokratisch prägen – und insbesondere unsere Verfassung.

Bis in die Schulbücher

Eine wesentliche Ursache für die Bezeichnung „zwei deutsche Diktaturen“ war eine Art von Siegerjustiz, in der BRD, vor und nach der Wiedervereinigung, Motto „wir sind das bessere System“. Solche ideologische Selbstberuhigung wurde vom Mainstream gepflegt, und von Kalten Kriegern stark unterstützt. Mainstream-Bereiche der Geschichtswissenschaft bekamen nach der Wiedervereinigung viel Geld zur Erfassung, letzten Endes zur einseitig abwertenden Betrachtung von Lebensumständen in der DDR. So wurde einseitig geprägtes Gewohnheitsrecht gezüchtet. Das war und bleibt vorsätzlich gemein. Es hat Mengen von Protest-Wählern mit verursacht. Zunächst bei Erwachsenen – danach immer mehr auch beim mehrfach enttäuschten Nachwuchs.

Es spielt dabei keine Rolle, ob die einseitig geförderten Wissenschaftler im Grunde aufrechte Demokraten gewesen sind, sei es nun naiv oder nicht. Es spielt keine Rolle, ob ein tüchtiger Historiker wie Klaus Schroeder (siehe Tagesspiegel vom 21. Februar 2025, S. 12) selbst womöglich eine Art Kalter Krieger war, ein typischer „Besserwessi“, oder ein ganz anderer Typ. Auf jeden Fall ist er einer, der noch dazu mit Staatshilfe, ein von vielen als böse empfundenes Bild der DDR bis tief in die Schulbücher geprägt hat. Zumindest sollte man bemerken: So wie er entsprechend in den „Neuen Bundesländern“ im Osten vielfach wahrgenommen wird, hat das Wirkung bis hin zu mancher erbitterten Ablehnung von „so einer Demokratie“.

Solche Gefährdungen der Demokratie durch polarisierende „Informationen“, beginnen also leider bei den Kindern im Klassenzimmer. Die im Kern einseitigen Schulbücher und zum Teil faschistoiden Lehrkräfte haben über die Jahrzehnte nämlich Folgen. Das geht bis hin zu AfD nahen Lehrer*Innen, siehe Tagesspiegel vom 25. Februar 2025, Seite B20/21: „Politik im Klassenzimmer – Wie hast du’s mit der Neutralität?“

Resiliente Demokratie mit Zukunfts-Nazis im Ewigen Frieden

Wo bleiben eigentlich die Nazis, nachdem der Weltfrieden – zum Beispiel demokratisch – endlich erreicht worden ist und es gegen die Demokratie nichts mehr zu protestieren gibt?

Irgendwann besinnt man sich, dass einander prügelnde Primaten oft in eigentlich überholten Revierkämpfen feststecken. Woraufhin man die AfD als eine potenzielle Diktatur erkennt. Teils wird man im Parlament weiterhin versuchen, eine Akzeptanz suchende AfD in Richtung regelbasierter Demokratie zu „erziehen“. Ein delikater Versuch.

Beim realen „Ewigen Frieden“ gemäß Immanuel Kant, da gäbe es keine spontan „Gewalttätigen“ mehr, sondern friedliche „Zukunfts-Nazis“, die gerne Asterix lesen und die Germanen verehren.

Solange eine überzeugende Wende in Richtung von grundlegenden Werten der Demokratie schwer vorstellbar ist, bleiben eine friedliche Weltordnung – und damit ein existenzielles Überleben der Menschheit und der Ökologie – in Gefahr.

Für die Überwindung von Klimakrisen können schlechte Gewohnheiten „vernichtend“ sein

Die Temperatur steigt stärker als in den üblichen Rechenmodellen angenommen. Ein vernünftiger Architekt wird in einem Erdbebengebiet mit Gefahren Stärke drei, Häuser für Stärke vier oder fünf bauen. Dann ist er auf der sicheren Seite. Aber in einem Demokratiegebiet meinen die Politiker, sie wären auf der richtigen Seite, wenn sie mehr Wahlgeschenke verteilen, als machbar. Oft bekommen Klimaforscher mehr Geld, wenn sie „die Gefahren nicht real dramatisieren“, sondern „seriös“ nur gesicherte Gefahren nennen. Sowas wird tendenziell zum Gewohnheitsrecht. Obwohl, vieles wirkt gegen Überlebensbedingungen, mehr CO₂ in der Luft, mehr Aerosole, weniger Eis welches dadurch immer weniger Sonnenlicht zurück in den Weltraum strahlt – und vieles mehr.

Aber bei jedem Kipppunkt der überschritten wird, sinken die Überlebenschancen weiter. Das ist die größte Gefährdung, denn Klimakrisen werden laufend deutlicher. Sie sind für uns als Lebewesen existenziell gefährlich. Trotzdem wurde Verdrängen zu einer breit üblichen, schlechten Gewohnheit. Diese besonders schlechte Gewohnheit ist anschaulich nachvollziehbar. Schon bei Hitze um die 40 Grad Celsius werden die Menschen apathisch und politisch mehr oder minder tot. Die noch Reichen holen sich kalte Luft, bei 50 Grad noch mehr, aber das heizt die ganze Luft im Freien noch mehr auf.

Geradezu bürokratisch kontrolliert wird nur mainstream-fake, nämlich beschwichtigend, verdrängend. Das Ganze ist eine Frage auf ein rechtzeitiges Erreichen eines überlebensfähigen Bewusstseins. Fast nur unabhängige Wissenschaftler schaffen und nutzen – auf eigene Kosten – die Option, ganz unterschiedliche Zukunftsstudien systematisch zu erfassen. So können sie versuchen, innovative Wege aus Sackgassen zu finden. Ein Beispiel:

Mittelstaedt, Werner (2020): Anthropozän und Nachhaltigkeit. Denkanstöße zur Klimakrise und für ein zukunftsfähiges Handeln. Peter Lang, Berlin et al. / Mittelstaedt, Werner (2023): Transformation und Ambivalenz. Steht die Welt vor dem Kollaps? Kurskorrektur oder Klimakatastrophe. Peter Lang et al.

Ausblick: im wahren Frieden kann es keine schlechten Gewohnheiten geben

Entweder es gibt im endgültigen Frieden eben gar keine Nazis – oder die am Ende angedeuteten Formen einer schließlichen Integration von echt friedlichen „Zukunfts-Nazis“ in die friedliche Gesellschaft. Das soll/wird weit über ein momentanes Verbot hinausgehen.

Alles was nicht Frieden ist, soll verschwinden. Rechtsextremismus soll global überwunden werden, so wie es historisch immer wieder geschah – diesmal endgültig. Bis dann kann es einen ewigen Frieden gar nicht geben. Aber auf dem Weg dorthin können Überschreitungen von Kipppunkten von regional bis hin zu global die Lebensgrundlagen zerstören. Dabei gibt es Szenarien, denen Milliarden (!) Menschen zum Opfer fallen. Das würde bedeuten, dass Fernziele wie globaler Frieden überhaupt nicht mehr erreichbar sein werden.

Wir können unsere peinlichen Vorstufen von Zivilisation verlassen. Die Hoffnung bleibt. Vieles, zum Beispiel fast jede Variante alter oder neuer Musik, ist schon

längst friedlich. Wir müssen nicht warten, bis Viktor Orbán sich auf eine Therapie einlässt. Jederzeit, wie seit Jahr-hundert-tausenden, dürfen wir von einer gerechten und friedlichen Welt konstruktiv träumen, um sie jetzt, mit neuen sozialen und ethischen Werkzeugen, endlich zu erschaffen und fest zu etablieren.

Über den Autor:

Philipp Sonntag, geb. 1938 in Halle/Saale, studierte Physik und Politische Wissenschaften 1958 – 1964 in München. Er war 1964 – 1970 in Hamburg bei der „Forschungsstelle der VDW“ an der „Kriegsfolgenstudie“ beteiligt. Zu seinen Publikationen siehe

<https://www.philipp-sonntag.de/vollstaendige-bibliografie.html>

Für die Zeit ab September 2025 unter anderem genannt werden dort zehn Artikel zu praktischen Anwendungen von Demokratie auf aktuelle Probleme, ebenso sieben Artikel zu Problemen von Rüstungskontrolle und Zivilschutz zu Atomwaffen; vier Beispiele:

- "Efforts Suitable for Civil Defense During Nuclear Disasters" 9/2025; www.academia.edu |17 p. | Ein Artikel über dynamische Veränderungen von Zivil- und Katastrophenschutz, vor dem Hintergrund der akuten Waffenentwicklungen und Klimaveränderungen; Versuch einer Präzisierung

inwieweit eine gewisse willkommene Linderung der Leiden möglich sein kann.

- "Größenordnungen von Schäden und Aktionen" 10/2025 | www.netzwerk-zukunft.de
Akut global gibt es gesellschaftlich starke Eingriffe. Ein Resultat ist ein Chaos von Betroffenheiten. Für die bedrohlichsten Katastrophen bereitet sich die Menschheit teils am wenigsten vor. Allenfalls regionale (begrenzte) Schäden finden angemessene Beachtung.

- "Friedenstüchtig und demokratisch" | 12/2025 www.blog-der-republik.de
Botschafter Francois Chihchung Wu vertrat Taiwan auf der Berliner Sicherheitskonferenz 11/2025. Ein rundum vorbildlicher Demokrat!

- "Nukleare Aufrüstung und persönliche Betroffenheit" 2/2026,auf www.philipp-sonntag.de/nukleare-aufruestung/
die Video-Aufnahme des Vortrages von Philipp Sonntag als Redner geschah bei <https://www.unionhilfswerk.de> in Berlin. Von den ersten harten Strahlen bei Röntgen 1896, über die Opfer 1945 in Japan, bis hin zum Umgang mit aktuellen Eskalationsrisiken werden die persönlichen Erfahrungen der betroffenen Personen (Verursacher, Opfer usw.) vermittelt. Transkript in Vorbereitung.

Arne Molfenter: „Léo Szilárd – Der Mann hinter der Bombe“

Rezension von Philipp Sonntag

Léo Szilárd, geboren 1898 in Budapest, war von 1920 bis zu seinem Tod 1964 in engem Kontakt mit den meisten bekannten Physikern. Er war „Der Mann hinter der Bombe“. Diese Bombe, das war und ist heute nach wie vor: die Atombombe. Léo Szilárd hatte 1923 als Erster das Prinzip der Kettenreaktion erkannt, welches für die explosionsartige Verwendung von Kernenergie grundlegend ist.



Hirzel Verlag, Stuttgart 2025, 220 S., Hardcover, € 24.--
ISBN: 978-3-7776-3401-2

Er wirkte im Manhattan-Projekt stark am Bau der ersten Atombomben mit. Danach, engagierte er sich stark gegen deren Einsatz in Japan. Der Bau der Bombe war gegen Hitler, der Einsatz geschah gegen weitgehend Unschuldige. Was für eine Zerreißprobe für einen bewusst ursächlich Beteiligten!

Was konnte der Autor Arne Molfenter zu den sachlichen Daten hinzufügen? Er hat als gelernter Journalist und Kommunikationsforscher den „Menschen hinter der Bombe“ mit dessen Leidenschaften gesucht und gefunden: Er hat die ungeheuren Risiken und Spannungen, denen Léo Szilárd zeitlebens ausgesetzt war zu einem emotionalen Mosaik zusammengefügt. Nach den Zerstörungen in Hiroshima und Nagasaki war Léo Szilárd entsetzt über die unsäglichen Leiden – und die leichtfertigen Politiker.

Die Erfahrungen bei der Rüstungskontrolle von damals können für unserem Umgang mit der aktuellen Atomrüstung von hohem Wert sein. Indem wir sie beachten, steigen unsere Chancen für weitere Jahrzehnte eines Überlebens. So war Leó Szilárd 1957 Mitgründer der „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“, welche über Jahrzehnte bis heute wissenschaftliche Beiträge zur Begrenzung und Steuerung der Atomrüstung geleistet haben. Derzeit wird die atomare Aufrüstung gerade wieder verstärkt. Das verdeutlicht der Bericht des deutschen Pugwash-Beauftragten Götz Neuneck über das Treffen vom 14. bis 16. Juli 2025 aus Chicago:

<https://vdw-ev.de/goetz-neuneck-nobel-laureates-assembly-chicago/>

Politisch hilfreich wirken soll eine Initiative der Vereinten Nationen, zur Mandatierung eines „Independent

Scientific Panel on the Effects of Nuclear War“, siehe auch Überlegungen zur Umsetzung:

<https://www.scientificamerican.com/article/why-we-all-need-a-u-n-study-of-the-effects-of-nuclear-war/>

Leó Szilárd war jederzeit bis in Details, bis in aufzulösende Widersprüche hinein, sachlich klar und motiviert. So gab es Konzepte wie „low yield“, um einen Atomkrieg besser führbar zu machen, um die Schäden bei der Bevölkerung etwas zu verringern – jedoch, bei den so vorgeplanten Einsätzen mit vielen Bomben wäre unvermeidlich insgesamt der Schaden höher, auf jeden Fall unerträglich. „Führbar“ kann niemand einen Atomkrieg machen. Genau das ist die systematische Warnung von Leó Szilárd an die Menschheit, aus vielen durchdachten Szenarien heraus: Es gibt überhaupt keine Möglichkeit, Atomwaffen sinnvoll einzusetzen. Bei Konfrontation von Gegnern kann Abschreckung bestenfalls vorübergehend helfen, Kriege zu vermeiden. Jegliche Gegner haben genau betrachtet immer das gemeinsame Interesse, jeglichen Atomkrieg zu vermeiden. Das kann nur mit VBM (Vertrauen-Bildende Maßnahmen) gelingen.

Wer sollte das Buch lesen? Jede/r – vor allem:

- Autokraten, denn viele verdrängen die Risiken der akuten atomaren Aufrüstung. Ihre Faszination gilt der skrupellos eigenwilligen Machtpolitik. Nach einem Atomkrieg (wie vorbereitet), da gibt es jedoch keine Staatsgrenzen mehr, sondern nur noch Gebiete mit etwas mehr oder weniger Radioaktivität.

- Wissenschaftler, insbesondere jene, welche die Risiken der schwer steuerbaren Eskalations-Dynamik erahnen. Wer untätig verzweifelt, trägt zu einem gesellschaftlichen Suizid bei.
- Kinder und Jugendliche von heute: sie werden bald diejenigen sein, die über drohende Eskalation zum Einsatz von Atomwaffen entscheiden. Pädagogen aller Art, die das Buch kennen, könnten konkret mit Schul-Projekten Anregungen zu Wissen und Verantwortung vermitteln.
- Jeder ist im eigenen Umfeld gesellschaftlich mit verantwortlich, zum Überleben beizutragen.

Das Buch veranschaulicht, wie sich Leó um ein maximal mögliches Umfeld bemüht hat. Er war seiner Zeit immer voraus, in Sachkenntnissen und Fantasie. Mit dazu gehören seine Schriften als Autor von Science Fiction. Mit dabei sind zum Beispiel (im Buch: „Die Stimme der Delphine“, rororo, (1963)) jene „Zehn Gebote“, die Leó Szilárd 1939 schrieb, darunter:

Gebot 4: „Zerstöre nicht, was du nicht erschaffen kannst.“

Gebot 8: „Ehre die Kinder. Lausche andächtig ihren Worten und sprich zu Ihnen mit unendlicher Liebe.“

Ideen, Engagement und Energie von Szilard sind auch 61 Jahre nach seinem Tod für uns vorbildlich. Siehe hierzu den detaillierten Artikel:

Philipp Sonntag: Für uns von Arne Molfenter als akute Hilfe zum Überleben notiert: "Léó Szilárd - Der Mann hinter der Bombe" / 8 S. 9/2025 auf

<https://www.philipp-sonntag.de/vollstaendige-bibliografie.html>

Über den Rezensenten: Siehe Seite 11

„Endlich mit Nachdruck tierfreie Methoden fördern“

Ärzte gegen Tierversuche und PETA im Bundestag: Entschlossen für tierversuchsfreie Forschungsmethoden

Berlin / Stuttgart, 1. Dezember 2025 – Vereint gegen Tierversuche: Das Bündnis aus PETA und Ärzte gegen Tierversuche hat über 40.000 Unterschriften gegen Affenversuche an den Petitionsausschuss des Bundestags übergeben. In Deutschland werden in elf Städten Tierversuche an Primaten durchgeführt – in sechs davon invasive Hirnexperimente. Biotechnologin Sabrina Engel, Fachreferentin für Tierversuche bei PETA Deutschland, kommentiert:

„Jährlich werden fast 2000 Affen in deutschen Laboren als Versuchsobjekte missbraucht und teils getötet. Die meisten Versuche dienen der Prüfung neuer Arzneimittel, in denen Affen systematisch vergiftet werden. Die Experimente sind moralisch nicht vertretbar und die Ergebnisse nicht zuverlässig auf den Menschen übertragbar. Deshalb haben wir heute die Bundesregierung aufgefordert, wirksame Maßnahmen für eine bessere und zukunftsfähige Wissenschaft zu ergreifen. Der Petitionsausschuss zeigte durchaus Interesse, sich mit Affenversuchen auseinanderzusetzen. Es wurden jedoch auch Zweifel und Kritik geäußert, die ein ‚Weiter so!‘ widerspiegeln,

statt die technologischen Entwicklungen und internationalen Beispiele für tierfreie Forschung ernsthaft zu berücksichtigen. Die Bundestierschutzbeauftragte verkündet, das Problem auf EU-Ebene zu verschieben – ohne nationale Strategie –, während das Forschungsministerium sein Engagement für tierfreie Methoden beteuert. Am selben Tag kündigt es jedoch mit ‚GO-Bio next‘ ein Förderformat an, das ‚Deutschland zum innovativsten Standort für Biotechnologie ausbauen‘ will, jedoch tierfreie Methoden nicht ausdrücklich bevorzugt. Wir werden weiterhin entschlossen für moderne, tierfreie Forschungsmethoden eintreten und appellieren an die Politik, endlich mehr zu tun.“

Weitere Informationen:

PETA.de/Kampagnen/Primaten-Tierversuche

PETA Deutschland e.V. ist mit über 1,5 Millionen Unterstützenden die größte Tierrechtsorganisation des Landes und setzt sich durch Aufdecken von Tierquälerei, Aufklärung der Öffentlichkeit und Veränderung der Lebensweise dafür ein, jedem Tier zu einem besseren Leben zu verhelfen.
PETA Deutschland e. V., Friolzheimer Str. 3a,
70499 Stuttgart

Hamburger Manifest der VDW

veröffentlicht zum Symposium „Von den Alpen bis zum Watt“ anlässlich des 85. Geburtstags von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hartmut Graßl Hamburg, den 25. September 2025

Wir leben in einer zunehmend polarisierten Welt, in der die Grundlagen des Lebens auf unserem Planeten und die Zukunft nachfolgender Generationen durch ständige Krisen, ungelöste geopolitische Konflikte und aktuelle Kriege sowie durch nukleare Bedrohungen, Klimawandel, Umweltdegradation, Biodiversitätsverluste und Pandemien massiv bedroht sind. Um diese Herausforderungen zu bestehen, müssen wissenschaftliche Erkenntnisse anerkannt, die Freiheit von Wissenschaft hochgehalten und verantwortungsvolle wissenschaftliche Forschung fortgeführt werden. Der vielfach eingeschlagene Weg der Konfrontation, Ignoranz und Aufrüstung gefährdet nicht nur den Weltfrieden, sondern ist ein Angriff auf das internationale Völkerrecht, die Demokratie offener Gesellschaften und auf das Verhältnis von Mensch und Natur. Globale Probleme können nur gemeinsam gelöst werden, indem wir miteinander sprechen, einander zuhören und im Dialog ernsthaft nach Lösungen suchen.

1. Das Leben auf unserem Planeten und die Wissenschaft sind durch die aktuellen Krisen direkt betroffen

Die wissenschaftliche Gemeinschaft hat gelernt, sachlich international zusammenzuarbeiten, selbstkritisch gegenüber Vorurteilen und Emotionen. Sie trägt in wissenschaftlichen Institutionen und zahlreichen Projekten zur Sicherung des Lebens, zum Beispiel der Biodiversität, bei. In einigen Ländern ist dieser unverzichtbare Beitrag aktuell unter massiven Druck geraten: Wissenschaftlich relevante Behörden werden abgeschafft, wissenschaftliches Personal wird entlassen, missliebige Forschungsprogramme werden unterbrochen, Forschungs- und Hochschulbudgets werden gekürzt und wichtige Forschungsdaten gelöscht. Universitäten soll vorgeschrieben werden, was sie forschen und lehren sollen. Ausländischen Studierenden wird die Einreise verweigert. Die Freiheit der Forschung und Lehre sowie der Rechtsstaat werden beschädigt.

Dieser Trend hat zum Ziel, das Potenzial der Wissenschaft, d. h. Wege aus Gefahren zu finden und Lösungen vorzuschlagen, zu blockieren. Wissenschaftsfeindlichkeit wird zum Programm, globale Risiken sollen durch die Schließung der „gesellschaftlichen Wächterfunktion“ zum Verschwinden gebracht werden. Besonders ins Zentrum der Unterdrückung gerückt werden Bereiche wie Forschung zur öffentlichen Gesundheit, die Nachhaltigkeitsforschung als Basis einer Politik des gesellschaftlichen Wandels oder die Rüstungskontrollforschung als Basis stabiler internationaler Sicherheit.

Es ist zu befürchten, dass sich dieser Trend auf internationale Kooperationen auswirkt und auch Deutschland verstärkt erfasst. Angesichts geopolitischer Konflikte werden in Deutschland z. B. Stimmen laut, die fordern, dass Universitäten und große Forschungsinstitutionen verstärkt militärische Forschung für Rüstungszwecke betreiben sollten. Der Dual-Use-Begriff solle aufgegeben und Zivilklauseln sollten abgeschafft werden. Damit kein Zweifel besteht: Rüstungsforschung ist legitim. Sie ist aber auch an das Grundgesetz (insbe-

sondere Art.26) und internationale Verpflichtungen gebunden. Eine offene Wissenschaft ist nicht vereinbar mit Geheimhaltung von und beschränktem Zugang zu erhobenen und veröffentlichten Daten. Hinzu kommt, dass internationale Kooperationen und Wissenschaftsdiplomatie eingeschränkt werden. Wissenschaftliche Institutionen sind von staatlichen Geldern abhängig und es besteht die Gefahr, dass angesichts neuer Feindbilder internationale Projekte und Kontakte abgebrochen oder blockiert werden. Viele Fragen der Wissenschaft sind aber nur international lösbar und basieren auf gemeinsamer Forschung und Dialog. Dabei geht es nicht nur um Problemlösungen, sondern auch um die Bewahrung von Wissenschaftsprinzipien wie Universalität, Objektivität, Integrität und Transparenz.

Die Menschheit steht vor mindestens drei globalen Gefahren, die ihre wissenschafts- und technologiebasierte Zivilisation existenziell bedrohen – wenn auch auf unterschiedlichen Zeitskalen: der Destruktion der Biodiversität, dem menschengemachten Klimawandel und der nuklearen Bedrohung. Diese globalen Gefahren dürfen nicht marginalisiert oder verdrängt werden.

Die im Vergleich zu natürlichen Änderungen rasante globale Erwärmung der Erdoberfläche, verursacht durch den erhöhten Treibhauseffekt der Atmosphäre, zerstört bereits heute die Lebensgrundlagen hunderter Millionen von Menschen, vor allem auf der Südhalbkugel, und damit derjenigen, die kaum zur Erwärmung beigetragen haben. Obwohl ein völkerrechtlich bindender Vertrag wie das Paris-Abkommen zur Begrenzung der globalen Erwärmung existiert, wird dessen bisher zögerliche politische Umsetzung immer mehr Menschen in den tropischen und subtropischen Regionen zur Migration zwingen sowie viele weitere Arten und Ökosysteme gefährden. Aber auch bei erfolgreichem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe in den kommenden Jahrzehnten werden neue Wetterextreme gehäuft auftreten, der Meeresspiegelanstieg wird über Jahrhunderte weitergehen und alle Küstenregionen massiv bedrohen. Eine Pause beim Klimaschutz, insbesondere bei den Hauptemittenten von Treibhausgasen, gefährdet das Leben von vielen Millionen Menschen.

Der Biodiversitätsverlust ist, obwohl in der Öffentlichkeit weniger thematisiert, eine nicht minder große existenzielle Gefährdung der Menschheit. Der drohende Verlust von mehr als einer Million Tier- und Pflanzenarten ist irreversibel. Wir sind als Menschen daher direkt oder indirekt existenziell betroffen, da dadurch unsere Lebensgrundlagen wie Nahrung, Wasser und Luft gefährdet sind. Der bisher nicht gebremste Verlust an Böden durch Überbauung oder durch Degradation verstärkt diese Krise noch.

Gleichzeitig erleben wir neue Aufrüstungsrunden und ein Wiederaufleben nuklearen Wettrüstens zwischen den führenden Mächten. Die Bewaffnung des Weltraums wird forciert. Es gibt ein erheblich gesteigertes Risiko, dass Atomwaffen entweder versehentlich oder vorsätzlich eingesetzt werden. Ein nuklearer Krieg kann in wenigen Stunden die Auslöschung der modernen Zivilisation herbeiführen. Die Gefahr, dass auch ein konventioneller Krieg in einer nuklearen Katastrophe unter der Beteiligung der Atommächte endet, ist gegeben. Die

neuen Militärrüstungen kosten viele Ressourcen, die bereits jetzt an anderer Stelle fehlen. In Rüstungskontrollgespräche wird nicht mehr investiert und diplomatische Vorschläge zur Lösung der akuten Konflikte mit großem Eskalationspotenzial sind Mangelware. Die Wissenschaft darf sich nicht an diesem kostspieligen und gefährlichen Konfrontationskurs beteiligen, sondern muss ihre völkerverständigende Rolle beibehalten und stärken.

2. Aufgabe der Wissenschaft: Verantwortung übernehmen

Das Gründungsmitglied der VDW Carl-Friedrich von Weizsäcker bemerkte einst: „Die erste Verantwortung des Wissenschaftlers ist es, die Verflechtung von Erkenntnis und Weltveränderung zu erkennen.“ Dieses Prinzip bleibt hochaktuell. Die Freiheit und Unabhängigkeit des wissenschaftlichen Denkens sowie die Fortsetzung ideologiefreier Dialoge, vor allem über Grenzen der Nationalstaaten hinweg, sind essenziell, um zur Lösung komplexer Konflikte und wissenschaftserzeugter Probleme der Zukunft beizutragen.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft als Ganze sowie auch die Wissenschaftler:innen als Individuen selbst tragen eine besondere Verantwortung. Sie müssen schädliche Entwicklungen und Risiken frühzeitig erkennen, ihre Auswirkungen auf das Leben, die Gesundheit und die Menschenwürde sichtbar machen, internationale Aufmerksamkeit dafür schaffen und Wege aufzeigen, akute Gefahren zu minimieren oder abzuwenden. Dies gilt insbesondere auch da, wo neue Technologien wie aktuell die Künstliche Intelligenz, Cyber-, Bio- oder die Quantentechnologien weiterentwickelt werden, also die Wissenschaft selbst involviert und kritische Reflexion besonders nötig ist. Institutionen, die eine verantwortungsvolle Technologie- und Wissenschaftsfolgenbetrachtung leisten, bleiben daher ebenso notwendig wie die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben.

Darüber hinaus müssen wir selbstkritisch anerkennen, dass auch innerhalb der Wissenschaft Fehlentwicklungen auftreten: wenn Forschende sich einseitig von Lobbyinteressen leiten lassen, wenn Auftragsforschung politische und ökonomische Agenden stützt und wenn Transparenz und Integrität zugunsten kurzfristiger Vorteile geopfert werden. Solche Tendenzen schwächen die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft und untergraben das Potenzial, zur Lösung globaler Krisen beizutragen.

Wissenschaftler:innen haben darüber hinaus häufig nicht das Interesse und, von sich aus, nicht die erforderlichen Kenntnisse, um längerfristige Entwicklungen allein einschätzen zu können. Sie sind dessen ungeachtet gefordert, sich mit der Sicherheits- und Friedensrelevanz ihrer Arbeiten auseinanderzusetzen. Die VDW bietet eine Plattform, um komplexe Fragen und globale Herausforderungen über Fachgrenzen hinweg zu erkennen, sie verantwortungsvoll zu diskutieren, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und institutionelle Erfordernisse der Wissenschaft im Hinblick auf diese Aufgaben zu reflektieren.

3. Welche Hilfen konkret anbieten?

Angesichts neuer geopolitischer Rivalitäten sollten sich wissenschaftliche Institutionen sowie Wissenschaftler:innen nicht durch neue Feindbilder und ideologisch gefärbte Diskurse instrumentalisieren lassen. Stattdessen gilt es, weiterhin im Rahmen von Wissenschaftsdip-

lomatie und persönlichem Austausch den Dialog mit allen Ländern und Fachkolleg:innen zu suchen und basierend auf ihren wissenschaftlichen Methoden und Erfahrungen Lösungen für die globalen Herausforderungen zu erarbeiten. Angesichts globaler Asymmetrien darf es nicht zur Vernachlässigung der Kapazitätsstärkung des Globalen Südens kommen. Institutionen wie die UN oder die UNESCO haben einen verbindlichen Rechtsrahmen gesetzt und müssen auch durch wissenschaftliche Expertise gestärkt werden. Die Nachhaltigkeitsziele und die „Agenda für den Frieden“ der UN bilden eine tragfähige Grundlage.

Es geht weiterhin darum, die Freiheit der Wissenschaft verantwortungsvoll zu sichern, die Klimaresilienz und -gerechtigkeit zu stärken sowie mittels Diplomatie dazu beizutragen, internationale Konflikte zu lösen und Frieden, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Vertrauensbildung möglich zu machen. Daran muss sich auch die Wissenschaft verstärkt beteiligen, indem sie neue Brücken baut und internationale Kooperationen stärkt.

Die Freiheit der Wissenschaft ist in Deutschland verfassungsrechtlich verankert. Ihre Zukunft hängt aber davon ab, dass einzelne Forschende aufgrund ihres Wissens, ihrer Methoden und ihrer Unabhängigkeit ihre besondere Verantwortung über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus wahrnehmen. Wissenschaftler:innen müssen nicht nur die gesetzlichen Verpflichtungen (wie z. B. Grundgesetz, Exportkontrolle oder internationale Verträge) kennen, sondern auch aufgrund der Wirkmächtigkeit ihrer Arbeit und Erkenntnisse Risiken abschätzen können.

Nötig ist eine stärkere Bewusstseinsbildung unter Einbeziehung nicht nur der universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sondern auch von Wirtschaft und Industrie, insbesondere bei technologischen Entwicklungen und Anwendungen. Mehr Wissenschaftsdiplomatie ist international ebenso erforderlich wie auch mehr individuelle Verantwortung bezüglich internationaler Diskurse und Konfliktlagen.

4. Wir schlagen deshalb vor:

- Eine offene Diskussion der Wissenschaft mit der Gesellschaft und die Sicherung einer unabhängigen und freien Wissenschaft und Lehre sowie die Fortführung von internationalen Kooperationen.
- Einen selbstkritischen Dialog innerhalb der Wissenschaften und einen verstärkten Dialog wissenschaftlicher Organisationen und Institutionen mit der Gesellschaft über globale Probleme und mögliche Lösungswege.
- Einen verstärkten Dialog mit den politischen Entscheidungsträger:innen auf Bundes- und Landesebene über sicherheits- und friedensrelevante Forschung.
- Eine systematische Berücksichtigung der miteinander verknüpften globalen Herausforderungen für Forschung und Lehre wie z. B. der menschenverursachten Klimaerwärmung, des Biodiversitätsverlusts und der nuklearen Gefahren.
- Eine kritische Reflexion von Forschung und ein wissenschaftliches Denken, das die gesellschaftlichen Folgen von Wissenschaft miteinbezieht, auch gerade in Lehre und Forschung.

- Eine klare Abgrenzung gegenüber wissenschaftlichem Lobbyismus und damit einhergehenden Interessenkonflikten und eine Stärkung von Transparenz und Integrität.

Kontakt:

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler - VDW
 Marienstraße 19/20 | 10117 Berlin

Telefon: +49-30-21234056

E-Mail: info(at)vdw-ev.de

Webseite: VDW-Geschäftsstelle Berlin

Wie es zur Uraufführung des Theaterstückes »TIPPING POINT – a dramatized comment on Climate Change« in Melbourne vom 19. – 22.11.2025 kam

Zwischen Bühne, Politik und Verantwortung – ein Bericht von Wolf Heidecker

2021 wurde ich von einer Gruppe Umweltaktivisten in Melbourne engagiert, um das Schauspiel eines englischen Schriftstellers zum Thema Klimawandel zu inszenieren. Schon in der Vorbereitungsphase zog der Verlag allerdings die Rechte zurück, da der Autor mitteilte, er müsse sein Stück vollkommen überarbeiten, nachdem weltweit die Entwicklungen zum Thema den Inhalt seines Werkes weit überholt hätten.

Zusammen mit mir machte sich der Vorstand der Gruppe auf die Suche nach einem entsprechenden Ersatzstück, konnte aber kein einziges im englischsprachigen Raum finden, das den Ansprüchen genügte. So kam es, dass ich nach meiner Suche auf Werner Mittelstaedts »Tipping Point – Kipp-Punkt« stieß, das inhaltlich genau das traf, was die Umweltgruppe vermitteln wollte, nämlich ein Stück, das im Kern Informationen und Tatsachen vermittelt anstatt reines Unterhaltungstheater.

mit dem Titel »Tipping Point. Ein Roman über den Klimawandel«, der im NOEL-Verlag erschienen ist.

Nach meiner Kontaktaufnahme mit Werner Mittelstaedt im Jahr 2022 gab es bald eine erste englische Fassung mit dem Titel »Tipping Point 2029. A Play on Climate Change« von Werner Mittelstaedt, wobei ich als Co-Autor mitwirkte. Es war natürlich eine rein sprachliche Übersetzung, die – wie bei Übersetzungen üblich – verlangte, auch kulturelle Unterschiede bezüglich der Zielgruppe für die Übersetzung in Betracht zu ziehen. Auch wurden hochaktuelle klimarelevante Daten und Fakten aus Australien in das Stück eingearbeitet, sodass das Stück auf den aktuellsten Stand mit den wichtigsten Fakten zur Klimakrise gebracht wurde. Die überarbeitete Fassung ist als Buch bei BoD erschienen.



Szenenfoto aus »Tipping Point 2029« © Wolf Heidecker

Werner Mittelstaedt hat das Stück 2016 als Theaterstück geschrieben. Es war von 2016 bis 2022 durch den Theaterverlag Theaterbörse in Braunschweig unter Vertrag. Er hat den Vertrag mit der Theaterbörse 2022 gekündigt, weil das Stück aufgrund der sich ausbreitenden Klimakrise nicht mehr aktuell genug war. Im Jahr 2017 hat Werner Mittelstaedt daraus einen Roman verfasst



Szenenfoto aus »Tipping Point 2029« © Wolf Heidecker

Leider hatte sich nach der Absage des geplanten Schauspiels aufgrund der zeitlichen Verzögerung, ein neues zu finden und entsprechend bühnenreif für ein australisches Publikum zu machen, ergeben, dass durch andere Ereignisse in der Zwischenzeit für eine Inszenierung keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung standen.



Poster © The MC SHOWROOM

Nicht nur als Regisseur, sondern auch als Theaterproduzent hatte ich mich schon so sehr mit dem Stück beschäftigt und es mit Blick auf die politische Situation für so wichtig empfunden, dass ich es nun auf eigene Kosten und mit einem neuen Konzept unbedingt auf die Bühne bringen wollte.



Szenenfoto aus »Tipping Point 2029« © Wolf Heidecker

Aufgrund des Themas, das schon an sich regierungs- und sozialkritisch ist, waren weder Anträge

auf offizielle Zuschüsse noch auf Sponsorengelder erfolgreich. Ein Schicksal, das für unabhängige Theater in Australien grundsätzlich mit Blick auf „nicht kommerziell profitable“ Produktionen keine Überraschung bedeutet. Ohne die Unterstützung meiner Ehefrau Gisela, die mit ihrem Einkommen als Fachkrankenschwester für frühgeborene Babys am örtlichen Krankenhaus seit Jahren den Lebensunterhalt der Familie sicherte, wäre das alles gar nicht möglich gewesen.

Ich konnte eine bekannte australische Schriftstellerin, Janet Brown, dafür gewinnen, nicht nur die Übersetzung der Sprache, sondern auch aufgrund meiner 25-jährigen Erfahrung „down under“ vorgenommene Übertragung des Inhalts von der eindeutig deutschen in die australische Kultur aus ihrer originären Kenntnis des Landes auf möglichst weitgehende Authentizität zu überprüfen bzw. entsprechende Hinweise zu geben. So wurden die persönlichen Interaktionen zwischen den Charakteren von der „steifen“ und oft recht „formellen“ Art, wie sie von Werner Mittelstaedt der deutschen Kultur entsprechend entworfen wurden, der eher lockeren Umgangsweise der Australier angepasst.

Bezüglich der Daten und Fakten, die einen zentralen Inhalt des Stückes ausmachen, hatte sich Werner Mittelstaedt die Mühe gemacht, für alle angesprochenen Bereiche die deutschen bzw. europäischen durch aktuelle, für Australien und die Region relevante zu ersetzen.



Szenenfoto aus »Tipping Point 2029« © Wolf Heidecker

Gerade wegen der großen Anzahl von Daten und Fakten, die es galt, dem Publikum mehr oder minder verdaulich zu präsentieren, entwickelte ich ein Konzept auf der Basis des deutschen Originals, wonach sie im Rahmen einer TV-Diskussionsrunde präsentiert werden sollten. Grundsätzlich kann das natürlich sehr trocken, gar langweilig sein, da Theater eigentlich Aktion verlangt und ellenlange Monologe schlecht zu vermitteln sind. Ganz verhindert konnten längere Ausführungen der jeweils dargestellten Personen nicht werden, besonders nicht die von Prof. Fissler, der Hauptrolle. Aber auch die von Vertretern bekannter Institutionen wie dem „Degrowth Movement“

oder anderer wissenschaftlicher Organisationen sollten genug Raum haben, ihre jeweiligen Meinungen zu dem Gespräch beizutragen. Selbstverständlich kamen auch noch eine Ministerin und die Vorsitzende eines Energieunternehmens zu Wort.

In mehreren Monaten Probenarbeit bestätigte sich, dass der Erfolg des Stückes, das letztlich nicht als traditionelles „Schauspiel“ angeboten wurde, sondern bereits im Titel deutlich macht, sich auf eine andere Art Theater einstellen zu müssen, nämlich als „dramatisierter Kommentar zum Thema Klimawandel“, zum großen Teil von den Darstellern abhängt.



Das Ensemble des Theaterstücks »Tipping Point 2029« von links nach rechts: Joshinder Kaur Chaggar als Josephine Molden, Bundesministerin für Infrastruktur, Verkehr, regionale Entwicklung und Kommunikation; Victoria Teh als Mia Schellinger, Öko-Aktivistin der »Degrowth-Bewegung« (sie hält den Globus); Jo-Anne Armstrong als Valerie Millert OBE, CEO eines Energie- bzw. Stromunternehmens; Isabelle Wang als Bettina Roland, TV-Moderatorin; Natulie Moffatt (Allanah Spencer – TV-Produzentin und Stage Managerin); Fanny Hanusin als Prof. Stephanie Fissler, Soziologin und Futurologin; Rosemary Johns als Paula Spiteri, Evolutionsbiologin und Ökologin; David Lih als Julian Berndes, CEO eines australischen TV-Senders; Jamie Vu als Frank Rauter, Film- und Theaterregisseur, Autor und Action-Künstler; Wolf Heidecker, Regisseur und Co-Autor.

Foto: Das Ensemble von Tipping Point 2029
© Wolf Heidecker

Es hatte sich ergeben, dass die Mehrzahl der Rollen von weiblichen Schauspielern angenommen wurde. Darunter international bekannte TV- und Theaterkünstlerinnen, die auch selbst als Theaterautorinnen einen Namen haben und/oder eine Reihe australischer Auszeichnungen in Anerkennung ihrer Leistungen erhielten. Besonders hervorzuheben sind dabei signifikante Beiträge zur Verbesserung des Textes mit Blick auf die Bühnenwirksamkeit. So z. B. von Fanny Hanusin, die Professor Fissler spielte, und Rosemary Johns (Rolle: Paula Spiteri, Wissenschaftlerin), deren Stück „Black Box 149“ am Staatstheater Nürnberg 2018 als erstes einer australischen Schriftstellerin an diesem Theater produziert wurde, aufgrund meiner direkten Vermittlung.

Aufgrund meines Rufs als Produzent und oftmals Regisseur sozialkritischer Stücke, z. B. 2024 „Farewell Lady Autumn“ von Melka Stansah über die erste in China historisch anerkannte Feministin, fanden sich weitere Schauspieler bereit, für mehr oder minder freies Essen und Trinken während der Probenzeit an *Tipping Point* mitzuarbeiten. Wie auch Isabelle Wang, die als Bettina Roland die TV-Diskussion über den Klimawandel moderierte und zuvor in Melkas Stück die Dichterin und Revolutionärin Qiu Jin spielte, die nach einem gescheiterten Umsturzversuch gegen die letzte chinesische Dynastie Anfang des letzten Jahrhunderts hingerichtet wurde.

So wurde der Text immer weiterentwickelt, bühnergerecht verfeinert. Während der Proben gab es natürlich auch viele Diskussionen im Ensemble, in denen auch Ängste und Befürchtungen angesprochen wurden, die sich aus den Erkenntnissen ergaben, die offensichtlich auf absolut wissenschaftlich fundierten Aussagen beruhen.



Szenenfoto aus »Tipping Point 2029« © Wolf Heidecker

Erfreulicherweise war die Zusammenarbeit mit Werner Mittelstaedt und seiner Frau Mechthild, die besonders bezüglich der englischen Sprache ihre Meinung einbringen konnte, so eng und konstruktiv, dass die Veränderungen immer wieder abgesegnet wurden. Mechthild Mittelstaedt hat nach Aussagen von Werner Mittelstaedt das Stück von Beginn an begleitet und stand beratend zur Verfügung, wenn es um textliche Details ging.

Der Erfolg der Uraufführung von »TIPPING POINT – a dramatized comment on climate change« im November 2025 gab allen Beteiligten recht, mit der letztlich auf die Bühne gebrachten Fassung die Erwartungen und den Nerv des Publikums getroffen zu haben, wie auch die entsprechende Kritik ausführte.

„...eine Erfolgsgeschichte, die auf gegensätzlichen geografischen Seiten des Globus ein weltweit lebens- und überlebenswichtiges Thema aufgreift, das in einer kleinen nordrhein-westfälischen Stadt zwischen wissenschaftlichen Büchern als Theaterstück zu Papier gebracht wurde.“

Werner Mittelstaedt
Transformation und Ambivalenz
Steht die Welt vor dem Kollaps?
Kurskorrektur oder Klimakatastrophe



Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Lausanne, Berlin, Bruxelles, Chennai, New York, Oxford 2023. Softcover, 180 Seiten, Personen- und Sachregister, € 29.95, ISBN: 978-3-631-88978-7 (In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Kurzbeschreibung

Die Welt benötigt dringend tiefgreifende Transformationen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Doch Ambivalenzen in Politik, Wirtschaft und Bevölkerung verzögern und verhindern deren Umsetzung. Warum existieren diese Ambivalenzen? Können sie überwunden werden? Steht die Welt wegen der unterlassenen Transformationen in wenigen Jahrzehnten vor dem Kollaps?

Welche Folgen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine für den globalen Klimaschutz?

Dieses Buch analysiert vielschichtig die Aktivitäten für Energiewende, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Deutschland und weltweit. Es skizziert ein neues Fortschritts-Narrativ, liefert konkrete Lösungsvorschläge und 95 Zukunftsbilder, um die Klimakrise erfolgreich zu bewältigen und wirkliche Nachhaltigkeit zu realisieren.

Ernst Ulrich von Weizsäcker über dieses Buch:

»Kurskorrektur oder Klimakatastrophe« ist der aufrüttelnde Untertitel dieses höchst beachtlichen Buches von

Werner Mittelstaedt. Für die Kurskorrektur liefert es Aufklärung und vertiefendes Wissen mit Lösungsvorschlägen für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Transformation und Ambivalenz – Einleitung und erste Feststellungen

Wir befinden uns im Teufelskreis der Klimakrise

Klimakrise oder schon Klimakatastrophe?

Das verbleibende CO2-Budget

Wahrscheinlich steigende anstatt sinkender CO2-Emissionen

Die CO2-Uhr läuft ab

Wir sind Kinder unserer Zeit

Sind wir bewusst ambivalent oder können wir nicht anders?

Das neue politische Versprechen

Die Marginalisierung des Massenaussterbens und ein Signal der Hoffnung

Große und kleine »Stellschrauben« für biologische Vielfalt und Klimaschutz

Das drohende Wachstumsdilemma

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Folgen

Atomwaffen töten, auch wenn sie nicht eingesetzt werden

Auf den Kopf gestellt

Die schwierige Neuausrichtung der Energiewende in Deutschland und fragmentarische Aspekte von Klimaschutzmaßnahmen in anderen Ländern

Acht zukunftsgefährdende Megatrends und die daraus resultierenden Transformationen

Lebensqualität und Lebensstandard

Die allgemeine Lebensqualität droht weltweit zu sinken

Der weltweit ungerecht verteilte Lebensstandard und der gewaltige CO2-Fußabdruck der Reichen

Lebensqualität und Lebensstandard müssen sich am Klimaschutz und der nachhaltigen Entwicklung orientieren

Wünschenswerte Zukunfts- und Transformationsbilder in 95 Thesen

Vorbemerkung

Wesentliche nicht nachhaltige Realitäten des Anthropozäns

Zukunfts- und Transformationsbilder für eine gerechte und nachhaltige Weltgesellschaft

Danksagung

Anmerkungen

Literaturnachweise

Personen- und Sachregister



Werner Mittelstaedt

Wie das Unmögliche möglich wird – Skizzen für ein neues Fortschrittsnarrativ

200 Seiten, kartoniert

Buch: ISBN 978-3-7329-1185-1, EUR 29,80

E-Book: ISBN 978-3-7329-8730-6, EUR 40,00

Zum Inhalt

Hochaktuell und mit überraschenden Analysen bringt Werner Mittelstaedt die Lage der Menschheit auf den Punkt. Und er geht noch einen Schritt weiter: Er zeigt, wie ein neues Fortschrittsnarrativ den Weg zu einer Gesellschaft weisen kann, die Wohlstand schafft, Nachhaltigkeit ernst nimmt und das Klima schützt. Seine Thesen dienen als Orientierung und eröffnen Perspektiven. Sie umfassen Konzepte und Vorschläge für eine ökonomische Wachstumswende, den Umgang mit KI, die Stärkung liberaler Demokratien, eine humane Migrationspolitik, wirksamen Klima- und Biodiversitätsschutz, militärische Sicherheit ohne Rüstungseskalation, Bildung für die Herausforderungen der Zukunft und ansprechende Belohnungssysteme. So entsteht Raum für ein neues Denken in Richtung zukunftsfähiger Entwicklungen. Ohne Beschönigungen vermittelt Mittelstaedt Zuversicht: Der Autor zeigt, dass wir fast alles, was heute unmöglich erscheint, möglich machen können und dass jede und jeder sich daran beteiligen kann.

Zum Autor

Werner Mittelstaedt, 1954 in Gelsenkirchen geboren, prägt die kritische Zukunftsforschung seit den späten 1970er-Jahren mit zahlreichen Veröffentlichungen und Beiträgen, unter anderem zu qualitativem Wachstum, globalen Megatrends, Nachhaltigkeit, dem Anthropozän sowie zu Klimawandel, Fortschritt und zukunftsfähigen Wertorientierungen. Er ist Initiator und Herausgeber der seit 1981 erscheinenden Zeitschrift BLICKPUNKT ZUKUNFT (www.blickpunkt-zukunft.com).
www.werner-mittelstaedt.com

Bestellen Sie direkt beim Verlag
oder in Ihrer Buchhandlung:

✉ buchbestellung@frank-timme.de

🌐 www.frank-timme.de

☎ +49 (0)30 88667911

F Frank & Timme

Inhalt

Vorbemerkung	9
1 Die Ausgangslage	11
2 Zwischen Utopie und Wirklichkeit oder wie das Unmögliche möglich wird	37
3 Ist eine Wachstumswende unmöglich?	49
4 Anpassung an die Klimakrise	89
5 Reflexionen zu echter Nachhaltigkeit und Klimaschutz	105
6 Atomwaffen und militärische Aufrüstung	125
7 Migration	135
8 Demokratie	143
9 Bildung	153
10 Belohnungssysteme	163
11 Bausteine für ein neues Fortschrittsnarrativ	167
Danksagung	171
Anmerkungen	173
Literaturnachweise	195

7



Wie das Unmögliche möglich wird

Skizzen für ein neues Fortschrittsnarrativ

Werner Mittelstaedt

T Frank & Timme

Vorbemerkung

Die kommenden Jahre sind die entscheidendsten in der Geschichte der Menschheit. Werden wir tatenlos zusehen, wie Umweltzerstörung und Klimawandel unsere Lebensgrundlagen unwiderruflich zerstören, oder schaffen wir es in letzter Minute, den Kurs zu ändern und eine lebenswerte Zukunft zu sichern?

Die globalen Krisen – Klimawandel, Artensterben, soziale Ungleichheit, die Spaltung von Gesellschaften, die Gefährdung liberaler Demokratien, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Risiken der Künstlichen Intelligenz, Plastikmüll und Militarisierung – wirken unlösbar. Doch gerade diese Krisen, die wir als Herausforderungen wahrnehmen, machen es umso dringlicher, entschlossen und zeitnah zu handeln. Wenn wir eine lebenswerte Zukunft gestalten wollen, sollten wir das scheinbar Unmögliche möglich machen.

Viele Menschen spüren die Notwendigkeit zu handeln, doch Überforderung, Angst und Resignation blockieren individuelles und kollektives Engagement. Um die Klimakrise zu bewältigen und echte Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen wir diese psychologischen Barrieren überwinden. Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Veränderungen sind nicht nur wünschenswert – sie sind unvermeidlich.

Anstatt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen als unvermeidbar hinzunehmen, gilt es, neue Wege

zu denken und zu gehen. Eine friedlichere, gerechtere und nachhaltigere Welt ist möglich, wenn wir Lebensweise, Konsum und wirtschaftliche Strukturen neu ausrichten. Dabei spielen kulturelle Narrative eine entscheidende Rolle: Nachhaltigkeit darf nicht als Einschränkung erscheinen, sondern als erstrebenswerte und inspirierende Vision, die täglich verwirklicht werden kann.

Die Verantwortung für diesen Wandel tragen wir alle – nicht nur politische und wirtschaftliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, sondern jede und jeder Einzelne. Besonders wohlhabende Länder müssen ihrer Verpflichtung zur Zukunftssicherung weit stärker nachkommen als bisher.

Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Die Fristen zur Bewältigung der Klimakrise und anderer drängender Herausforderungen sind längst überschritten. Jetzt zählt jede Entscheidung: Nur durch Mut, Zusammenarbeit und eine konsequente Neuausrichtung unserer Prioritäten können wir die Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellen.

Dieses Buch widmet sich genau diesen Aufgaben. Es zeichnet Skizzen eines neuen Fortschrittsnarrativs – eines Narrativs, das allen die Möglichkeit gibt, aktiv mitzuwirken. Was heute unmöglich scheint, kann Wirklichkeit werden: eine Welt mit echten Gestaltungsspielräumen für eine lebenswerte Zukunft.